

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

51 (2.3.1914)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnement: 75 J., vierteljährlich 2,25 M.; abgeholt monatlich 3 J.; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 A. Lokalinsert billiger. Schluss d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Leuchtölmonopol und Zentrum.

Seit über Jahresfrist ziehen sich die Beratungen über den von der Regierung vorgelegten Leuchtöl-Gesetzentwurf hin. Bei der ersten Lesung im Plenum des Reichstages fanden die Vorschläge der Regierung nirgends Zustimmung. Sollten sie doch nichts anderes, als anstelle des amerikanischen Welt-Trust Rockefeller, der insl. andere den deutschen Markt fast völlig beherrscht, die Preise diktiert, die Petroleum-Unternehmungen der Deutschen Bank setzen, wobei der deutsche Leuchtölverbraucher genau so gerupft worden wäre, als vom amerikanischen Trust. In der Kommission wurden die Vorschläge der Regierung allseitig abgelehnt und nun entstand die Frage, soll überhaupt nicht geschehen, also alles so bleiben, wie es ist, oder soll der schlechte Entwurf der Regierung durch einen bessern ersetzt werden.

Die großen Fraktionen des Reichstages stellen abwechselnd die Vorsitzenden der Kommissionen. Beim Leuchtölgesetz war die Reihe an der sozialdemokratischen Fraktion; deren Kommissionsmitglieder bestimmten den Genossen Wurm, der die Fraktion als erster Redner im Plenum vertreten sollte, zum Vorsitzenden der Kommission. Nun liegt es nach altem Brauch dem Vorsitzenden der Kommission ob, so wie dem Präsidenten des Reichstages für die Plenararbeiten, die notwendigen Besprechungen mit der Regierung über den Gang der Verhandlungen in der Kommission zu führen. Bei der Leuchtölkommission waren solche Besprechungen umso notwendiger, als nach Ablehnung der Regierungsvorlage neue Unterlagen für die weiteren Verhandlungen erst geschaffen werden mußten und zwar durch Anträge aus der Mitte der Kommission, da die Regierung in den Kommissionsverhandlungen Anträge nicht stellen darf. Die Beratungen hatten ergeben, daß in der Kommission zwei Richtungen sich gegenüberstanden: Die eine war vertreten durch das Zentrum, das weder von irgendeiner Art Monopol unter staatlicher Aufsicht noch von einem Staatsmonopol etwas wissen wollte — ihm schlossen sich zum Teil die Konservativen an —, die andere Richtung bestand aus Sozialdemokraten, Nationalliberalen und Fortschrittlichen, welche es für erforderlich hielten, Mittel und Wege zu suchen, um zu verhindern, daß der amerikanische Trust Rockefeller die Herrschaft über den deutschen Petroleummarkt behält und noch verstärkt. Die von den Freunden einer Weiterarbeit geplanten Verringerungen des Belegentwurfs führten — wie unbedingt erforderlich — zu Besprechungen der Regierung in den dabei beteiligten Parteien. Nun aber, wo ein sozialdemokratischer Vorsitzender der Kommission pflichtgemäß mit Regierungsgesandten Rücksprache über neue Grundlagen zur Weiterberatung des Entwurfs nehmen mußte, geriet die Zentrumspresse in heiligen parietischen Zorn. Die „Köln. Volkszeitung“ von Donnerstag Abend bringt einen Artikel aus Berlin, der voll Jammer über der Zeiten Verderbnis ist, weil die Regierung mit Gen. Wurm Rücksprache über den weiteren Gang der Kommissionsverhandlungen genommen hat. Die „Köln. Volkszeitung“ schreibt:

„Nun niemals hat sich die Sozialdemokratie für die Erledigung einer parlamentarischen Aufgabe so sehr ins Zeug gelegt, wie jetzt für das Petroleummonopol. Der sozialdemokratische Führer Wurm ist Tag und Nacht beschäftigt, um das Gesetz zustande zu bringen. Regierungsrat Kestner vom Reichsschatzamt, der Vater des Petroleummonopol-Entwurfs, konferiert mit den Führern der Sozialdemokratie in den Bundesratsgebäuden des Reichstages und im Reichsschatzamt selber, und Abg. Wurm ereifert sich dabei, als ob es sich um die wichtigste Parteiangelegenheit der Sozialdemokratie handelte. Mit Recht konnte die „Kreuz-Zeitung“ dieser Tage feststellen, daß in der Petroleummonopolfrage und bei den Debatten darüber die Sozialdemokratie führend sei. Der Reichskanzler hat allerdings erst vor wenigen Wochen erklärt: „Mit der Sozialdemokratie gibt es kein Partieren, sondern nur Kampf.“ Die Väter des Petroleummonopols im Reichsschatzamt denken offenbar anders, denn es dürfte noch nie das Zusammenarbeiten eines Amtes mit der Sozialdemokratie intimer und eifriger gewesen sein, als jetzt beim Petroleummonopol.“

Das Zentrumshaus schwelgt so spöttelnd in der Gehe gegen das Reichsschatzamt, verzehrt die geflüsterten, daß Gen. Wurm Vorsitzender der Kommission ist, und daß Zentrumsabgeordnete, als Vorsitzende der Kommission stets in dieser Weise mit der Regierung Rücksprache nehmen, wenn es der Gang der Verhandlungen erforderlich macht. Aber das Zentrum ist eben nicht sehr erbaud davon, daß es diesmal nicht selber die führende Rolle hat und seinem Herzenswunsch gemäß das Zustandekommen eines Monopoles von vornherein bereite kann. Unsere Genossen dagegen haben, wie auch Genosse Wurm bereits in seiner Rede bei der ersten Lesung des Entwurfs im Plenum erklärt hat, das lebhafteste Interesse daran, das bestehende Tripartimonopol des amerikani-

sehen Trust zu stürzen und an dessen Stelle eine Organisation der Leuchtölversorgung zu schaffen, die den deutschen Konsumenten davor schützt, daß der amerikanische Trust die unumschränkte Herrschaft erlangt und das Leuchtöl so hoch wie nur möglich im Preise steigert. Daß die Sozialdemokraten sich dazu hergeben könnten, ein Monopol zu schaffen, daß das Leuchtöl in Deutschland verteuert — dieser Vorwurf, den die Zentrumspresse erhebt, ist so lächerlich, daß er einer Widerlegung gar nicht wert ist.

Die Abwehr der Verteuerung des Leuchtöls — das ist die Aufgabe, die unseren Genossen in der Leuchtölkommission gestellt ist. Daher ist die Befürchtung der Zentrumspresse geradezu blödsinnig, die Sozialdemokratie habe nur verlangt, daß der Preis des Leuchtöls gesetzlich auf zwei Jahre festgelegt werde, gleichzeitig aber der Regierung die Vollmacht gegeben, das Gesetz erst nach Ablauf der zwei Jahre in Kraft treten zu lassen, „so daß die Festsetzung des Höchstpreises nur noch eine vorübergehende Deflation zur Bewältigung der Verbraucher bilden würde.“

Nun — die Sozialdemokratie wird für kein irgendwie gestaltetes Monopol stimmen, das den Preis des Leuchtöls höher festlegt, als er nach Lage des Weltmarktes sein darf. Dieser Schutz der Konsumenten ist es, den die Sozialdemokraten erstreben, und wenn ihnen die Regierung dabei behilflich ist — nun, wir handeln stets nach dem Grundsatz, daß wir das Gute nehmen, wo wir es finden, auch im Bundesratszimmer.



Deutsche Politik.

Das Arbeitspensum des Reichstages.

Nach einer Uebersicht, die im Bureau des Reichstages zusammengestellt wurde, harren fünf Gesetzentwürfe und zwei Schutzgebietsrechnungen noch der ersten Lesung. Fünf Gesetzentwürfe, darunter das Postbesetzgesetz, das Gesetz über das Verfahren gegen Jugendliche und das Gesetz über die Konkurrenzklausele sind in der Kommission fertiggestellt und müssen nun vom Plenum in zweiter Lesung beraten werden. Außerdem tagen momentan 15 Kommissionen, die sich mit Gesetzentwürfen zu befassen haben. Dazu kommen dann noch die Unmasse von Initiativanträgen und die Berge von Petitionen. Die übergroße Menge der Initiativanträge und der Petitionen kann in dieser Legislaturperiode überhaupt nicht mehr erledigt werden, wie auch ernsthafteste Zweifel darüber bestehen, ob es möglich sein wird, den Etat rechtzeitig festzustellen. Der bedeutendste der Einzeletat, der Militäretat, ist in der Budgetkommission noch nicht einmal in Angriff genommen worden. Wenn die Absicht bestehen sollte, den Militäretat etwa im Plenum in einigen Tagen durchzupfeifen, dann wird es Sache der Sozialdemokraten sein, für eine sachgemäße Beratung Sorge zu tragen.

Weiterer Rückgang der Geburten.

Auch im Jahre 1913 zeigte sich ein weiterer Rückgang der Geburten. In Frankfurt a. M. bleibt die Geburtenzahl schon seit Jahren erheblich hinter dem Reichsdurchschnitt zurück. Im Jahre 1912 kamen im Reich auf 1000 Einwohner noch 29,12 Geborene, in Frankfurt a. M. nur 20,9. Im Jahre 1913 haben die Geburten in Frankfurt a. M. trotzdem die mittlere Bevölkerung um 11 000 gewachsen, nicht nur relativ, sondern auch absolut abgenommen. Während im Jahre 1912 noch 8 984 Kinder geboren wurden, waren es im letzten Jahre nur noch 8 926. Auf das Tausend der Bevölkerung berechnet gibt das für 1912 20,9 für 1913 nur noch 20,3 Geburten. Im Jahre 1904 wurden, obgleich die Bevölkerung um 120 000 (28,6 pro Mill.) geringer war, mehr Kinder geboren als 1912, nämlich 9 146 gegen 8 926 im Jahre 1913 (gleich 20,3 pro Mill.). Die Zahl der Sterbefälle ist in dem gleichen Zeitraum absolut etwas gestiegen, relativ erheblich gefallen; sie betrug 1904 5 052 (15,7 pro Mill.) und 1913 5 129 (11,7 pro Mill.). Der Geburtenüberschuss betrug 1904 noch 13,2 pro Tausend Einwohner, 1913 nur noch 8,6.

Um für ihr Teil dem Geburtenrückgang zu steuern, hat die Regierung, wie das Landesamt Frankfurt a. M. in diesen Tagen mitteilte, die Veröffentlichung der Aufgebote, Eheschließungen und Geburtsfälle in den Tages-

zeitungen verboten. Mit dem Verbot soll verhindert werden, daß Eheleuten und Geiratslustigen Angebote von Mitteln zur Verhütung der Empfängnis gemacht werden. — Mit so simplen Mitteln ist der Geburtenrückgang nicht aufzuhalten, dazu gehört schon soziales Verständnis und der gute Wille der systematischen Auspönerung des Volkes halt zu gebieten.

Nachklänge zur Zerichower Wahl.

Die Konservativen, die mit Hilfe der Fortschrittler das Mandat von Zerichow 1 und 2 wieder erlangten, versuchen einen plumpen Trick gegen die Sozialdemokratie, die sie offenbar noch immer sehr fürchten, — vielleicht in der nicht ganz unberechtigten Annahme, daß bei einer nächsten Wahl selbst die Fortschrittshilfe nicht mehr genügen könnte, das Mandat den Konservativen zu erhalten. Um also die kleinen Geschäftsleute dauernd gegen die Sozialdemokratie in Bewegung zu erhalten, erlassen die Konservativen folgende Aufforderung in den in Burg erscheinenden Zeitungen:

„An die nationale Bürgerchaft!“

Dem Vernehmen nach ist von gegnerischer Seite beabsichtigt worden, diejenigen kleinen Geschäftsleute in Verzug zu erklären, die bei der Stichwahl den nationalen Kandidaten gewählt haben. Wir bitten die nationale Bürgerchaft, durch Einkauf bei den boykottierten Geschäftsleuten diese unterstützen zu wollen. Die Geschäftsinhaber, die durch den Verzug geschädigt worden sind, wollen ihre Adresse abgeben Unterm Hagen 40.“

Ein altes Wort sagt: Man sucht niemand hinter dem Busch, hinter dem man nicht selbst gesteckt hat! — Die Konservativen sind es gewohnt, jeden Wähler, der sich untersteht, einen ihnen unliebsamen Kandidaten zu wählen, mit der Strafe der wirtschaftlichen Schädigung zu belegen, und so halten sie es für selbstverständlich, daß die Sozialdemokraten es ebenso machen. Die ganze Behauptung von der Berrücktheit kleiner Geschäftsleute durch die Sozialdemokratie ist natürlich nichts weiter, als albernes Geschwätz. Das geht schon daraus hervor, daß niemand weiß, wie die Geschäftsleute gestimmt haben, weil die Wahl geheim ist! Der konservative Aufruf ist Augenverblendung, es soll der Anschein erweckt werden, als ob gerade sie, die Konservativen, eifrig um das Wohl der kleinen Geschäftsleute besorgt seien, während die Sozialdemokratie auf ihren Ruin hin arbeite. Vielleicht melden sich aber auf die Aufforderung hin all die Gastwirte die im Wahlkampf auf Betreiben der Konservativen und der Bündler ihre Lokale nicht zu sozialdemokratischen und fortschrittlichen Versammlungen hergeben durften. Auch sonst noch könnte sich mancher melden, der die harte Snaiz zu spüren bekam, wie z. B. jene kleinen Besitzer, die ein Ackerstück zu sozialdemokratischen Versammlungen bereit stellten. Ferner würden auch die Namen der Gastwirte die unter dem Militärboykott feufsen, die Riste der boykottierten Geschäftsleute wesentlich vervollständigen!

Die Hausflaverei in Deutsch-Ostafrika.

Der Gouverneur von Deutsch-Ostafrika hat dem Reichstag eine Denkschrift über die Hausflaverei zugehen lassen. Im vorigen Jahre hat der Reichstag beschlossen, die Flaverei in Deutsch-Ostafrika nur noch bis zum 1. Januar 1920 zu dulden. Der Zweck der Denkschrift besteht nun in der Hauptsache darin, nachzuweisen, daß die Hausflaverei bis zu diesem Termin nicht beseitigt werden kann, wenn nicht die Gefahr großer Aufstände beraufbeschoren werden soll. Nach der Denkschrift wäre das Los der Hausflaven in Deutsch-Ostafrika ein beinahe beneidenswertes. So wird bestritten, daß Mißhandlungen irgend welcher Art vorkommen, weil in diesem Falle die Behörde den Sklaven sofort für frei erklären würde. Die Arbeitsleistung der Hausflaven soll eine ganz minimale sein und der Gouverneur behauptet weiter, daß dem Neger die persönliche Unfreiheit keineswegs lästig sei. Trotzdem müsse man der Forderung der Humanität, die Flaverei zu beseitigen, Rechnung tragen. Die Zahl der Sklaven in Deutsch-Ostafrika schätzt der Gouverneur auf 185 000, und er behauptet im Anschluß hieran, daß schon bei der großen Zahl der Sklaven eine Beseitigung dieses Verhältnisses bis zum 1. Januar 1920 absolut unmöglich sei. Dagegen könne man versichern, daß die ganze Institution bis zum Jahre 1930 aufgehört habe zu existieren, denn alle nach dem 31. Dezember 1905 Geborenen dürfen in keinem Fürsorgeverhältnisse mehr stehen. Bei der sofortigen Aufhebung der Flaverei würde dem Gouvernement die Pflicht erwachsen, diese Freigelassenen unterzubringen oder für sie zu sorgen; dazu wären Summen notwendig, die in die Millionen gehen. Durch die Aufhebung der Hausflaverei würde eine große Reihe von wohlhabenden Existenzen wirtschaftlich vernichtet und der deutschen Verwaltung auffällig werden. Um das zu verhüten und um zu verhindern, daß neue Aufstände ausbrechen, schlägt der Gouverneur vor, die Beseitigung des Fürsorgeverhältnisses an einen bestimmten Termin überhaupt nicht zu knüpfen.

Das Renten-Kapital-Vermögen der Welt.

Die Monatschrift „La vie internationale“ bringt einen Bericht von Alfred Reymard, den dieser vor kurzem im „Internationalen Institut für Statistik“ über das Weltvermögen erstattet hat.

Ende des Jahres 1912 gab es in der ganzen Welt Papiere im Werte von 840-850 Milliarden, welche an den Börsen zugelassen waren und gehandelt wurden.

Während dieser 17 Jahre sind die Löhne in den meisten Ländern auf demselben Stande geblieben. Wo sie erhöht wurden, geschah es und mußte es geschehen im Ausgleich gegen die Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeiter durch die Schutzgesetzgebung und ähnliche Maßnahmen.

Von diesen 840-850 Milliarden zugelassener Wertpapiere kommen auf England 145-150 Milliarden, die Vereinigten Staaten 135-140 Milliarden, Frankreich 108 bis 115 Milliarden, Deutschland 100-110 Milliarden.

In den letzten vier Jahren sind etwa 100 Milliarden an Papieren neu ausgegeben worden. Meist in Gestalt von Aktien und zwar Industrie-, Handels- und Bank-Aktien.

Auf den einzelnen Kopf der Bevölkerung gerechnet, steht Frankreich mit seinem Rentenkapitalvermögen an der Spitze, ihm folgt England, in weitem Abstand erst kommt Deutschland.

Reymard stellt ferner fest, daß das Bargeld in Gold, Silber usw. die Höhe von 150 Milliarden in der ganzen Welt nicht übersteigt. Der Betrag an Banknoten belief sich im Jahre 1912 auf rund 41 1/2 Milliarden.

Herr Stegerwald und seine Berufung.

Nach dem Kölner Gewerkschaftsprozess verkündete Herr Stegerwald, daß er aus taktischen wie prozessualen Gründen gegen das Urteil im Prozeß Berufung eingelegt habe.

zurück. Jetzt läßt er durch eine Erklärung in den zentrumschrislichen Zeitungen verkünden, daß er nur aus prozessualen Gründen die Berufung aufrecht erhalten habe.

Als dann nach dem Prozeß obendrein noch der Krach im katholischen Lager einsetzte und sich Tatsachen herausstellten, die mit den Aussagen bekannter frommer Zeugen nicht in Einklang zu bringen waren, da hat die sozialdemokratische Presse Herrn Stegerwald noch dringender wie zuvor gebeten, seine Berufung nicht zurückzuziehen.

Gottesfrieden bis zur Vernichtung der Sozialdemokraten.

Der freikonserervative Reichstagsabg. Otto Arendt treibt im „Tag“ (No. 48 vom 26. Febr.) das alte und schon so langweilig werdende Spiel, aus den Ergebnissen der letzten Reichswahlen nachzuweisen, daß die Sozialdemokratie „entschieden im Rückgang begriffen sei“.

Die Verlegung der Sozialdemokratie ist die wichtigste vaterländische Aufgabe.

Die Verlegung der Sozialdemokratie ist die wichtigste vaterländische Aufgabe. Wir sollten einen Gottesfrieden unter den Parteien machen, bis diese Aufgabe gelöst ist.

„Die rote Flut“ ist im Abheben und darn nationale Gedanke entfaltete sich wieder siegreich.

„Die rote Flut“ ist im Abheben und darn nationale Gedanke entfaltete sich wieder siegreich. Das ist die un-

zweideutige Sprache der Nachwahlen und damit ist die Hoffnung gegeben, daß unser inneren Verhältnisse nicht einer Krise entgegenreiben, sondern daß eine innere Gefundung zu erwarten ist.

Unsere Konservativen sind recht bescheiden geworden, wenn sie schon darin ein Abheben der „sozialen Flut“ sehen, daß das eine oder andere Mandat in der Nachwahl dem Ansturm der vereinigten Gegner zum Opfer fällt, obwohl die sozialdemokratischen Stimmen nicht nur gut gehalten werden, sondern teilweise gegen 1912 noch zugenommen haben.

Ausland.

Schweiz.

Die Mählengenoßenschaften schweizerischer Konsumvereine. Die Nationalrat Gen. Jäggi, Geschäftsführer des Verbandes schweizerischer Konsumvereine, in der in Zürich abgehaltenen Generalversammlung mitteilte, nimmt die genossenschaftliche Großmühlenunternehmung weiterhin einen trefflichen Fortgang.

Frankreich.

Die Altersgrenze der Vergleute in Frankreich. Die französische Kammer hat einstimmig das Gesetz angenommen, welches den Arbeitern der Kohlenbergwerke eine Alterspension zu billigt.

Wegen dieses Gesetzes ist es bekanntlich in Frankreich zu einem Aufstand gekommen. Der Verband der Unterlagarbeiter ist mit diesem Gesetz nicht zufrieden und hat den Generalsekretär proklamiert, der auch im Vorbeiden ziemlich allgemein ist.

Genosse Jaures glaubt nun von dem Gesetz, daß es bei harter Würdigung dazu beitragen werde, die beiden Organisationen unter den Vergleuten, welche sich gegenwärtig in so bedauernder Weise gegenüberstehen, in Kürze wieder zu vereinen.

Tantchen Rosmarin,

oder: Alles verkehrt. Humoreske von Heinrich Schöffle. (Fortsetzung.)

Suschen war zwar ein wenig fürchtam, aber auch ein wenig neugierig. Zudem hatte sie so viel Aufklärung, es allenfalls mit einem Gespenst aufzunehmen, weil man wohl weiß, daß die Gespenster zuerst doch alle Fleisch und Blut haben, wie unferneins.

Raum hatte sie zwanzig oder dreißig Schritte in das heitere Wäldchen hineingetan, so erschien zu ihrem größten Schrecken das Gespenst, zog den Hut ehrerbietig ab, und pries sich glücklich, sie allein zu finden.

Suschen, auf solche Gespensterhöflichkeit nicht vorbereitet, zitterte an allen Gliedern, und wünschte sich weit weg; wenigstens bis zu Tantchen Rosmarin aufs Sofa. Das war aber nun zu spät.

„Die Frau Oberstweiterrätin hat mir den Eintritt in ihr Haus verweigert; ich verarge der schwer beleidigten Frau diese Strengung nicht. Ich habe sie verdient. Aber zürnen Sie nicht, wenn ich mir wenigstens erlaube, in Ihrer Nähe zu atmen — es ist das Einzige, was mir jetzt wohl tut.“

„Herr Baron“, stammelte Suschen, „nach der ausdrücklichen Erklärung meiner Tante...“

„Es sei. Ich gehorche. Ich schweige. Ich will elend sein. Aber, gnädige Frau, nur für ein einziges Wort noch gönnen Sie mir Gehör.“

und auf Gefahr ihres Halses hin — ich kann nicht einwilligen. Bei Gott im Himmel, ich kann nicht. Keine Macht der Welt soll mich von dem Kleinode trennen, was mir, unbewußt was ich empfang, durch seltsame Verkettung von Ereignissen zu teil ward.“

„Herr Baron, Sie sehen meine Verlegenheit. Erklärungen dieser Art wünschte ich am wenigsten mündlich von Ihnen zu vernehmen. Ueberlassen Sie die Sache den Advokaten und Richtern. Ich habe Ihnen nichts zu antworten.“

„Aber sagen mußte ich Ihnen, gnädige Frau. Entschiede nun das Schicksal über mich, wie es wolle, beharren Sie auf dem Prozeß, und geht er für mich verloren, so geht mein Leben mit verloren. Ich willige in keine Scheidung. Ich werde tausendmal leichter sterben, als das entscheidliche Ja zur Trennung sprechen. Hassen Sie mich, aber ich bete Sie an; würdigen Sie mich in diesem Leben keines Blickes, keines Gedankens mehr, aber ich bete Sie an.“

„Nun bin ich ruhig, gnädige Frau, denn ich habe mich ausgebrochen. Sie wissen es nun, daß ich Sie liebe. — Ich werde Sie verlassen, aber ich werde Sie lieben; ich werde Ihnen gehorchen, ich werde Ihnen meinen Anblick verbergen, aber ich werde Sie aus der Ferne belauschen, und Sie lieben.“

„Zuweilen!“ rief der Baron mit schmerzlicher Heftigkeit und nassen Augen: „Ach, doch zuweilen, der Vater darf sein Kind zuweilen sehen! Auch dies Almosen nehme ich dankbar von Ihrer Güte.“

aber mein Sohn so selten sieht, werde ich nicht immer wie ein Fremdling vor ihm stehen? Ach, gnädige Frau, eine Bitte — ich habe hier beide Taschen voll Zuckerwerk und Spielraum, bleibere Armeen und Seeschiffe, Angeln und ein Wilderbusch — ich habe es für Pompejus mitgebracht. Ich bitte Sie, gnädige Frau, geben Sie dies meinem Kinde — sagen Sie es ihm, es komme von seinem Vater.“

„Nehmen er seine Taschen hastig leerte, und Suschens Strickkorb füllte, hätte der gute Baron vor Freude jauchzen und Suschen ihm mit lauter Stimme verzeihen mögen.“

Der Baron ergriff noch schnell in die Taschen, und zog in Papier gewickelt sein Wildnis auf Elfenbein gemalt hervor, umgeben von einem goldenen Reif, mit kleinen Perlen besetzt. „Und damit mein Sohn meine Gesichtszüge nicht verlerne, geben Sie ihm auch dies Bild. Lassen Sie es ihn zu seinem Spielzeug tun. Sagen Sie ihm oft: Das ist das Bild meines Vaters, der dich so lieb hat. Ach, wenn er mich nur zuweilen sieht, wird er mich nicht lieben lernen.“

„So war eine Stunde wie auf der Flucht verplaudert; jedes hätte einen Eid darauf getan, es sei eine Sekunde gewesen.“

„Und wann, gnädige Frau, wann darf ich Pompejus sehen?“ fragte er beim Abschiede.

„Herr Baron, ich muß die Achtung gegen meine Tante beobachten, welche ich ihr schuldig bin. In jedem Falle sollen Sie von Tag und Stunde benachrichtigt werden.“

So schied man auseinander. Der Baron eilte zu seinem Jagter, am Ende des Parks, schwang sich aufs Ross und sagte den gewohnten Weg nach seinem Schlosse zurück.

Suschen trug den Spielraum auf ihr Zimmer, verließ ihn sorgfältig; und beim Nachtessen sah sie träumend still, und ließ die Forellen kalt werden, so dringend auch Herr Säblein und Tantchen Rosmarin zum Essen mahnten.

(Fortsetzung folgt.)

Deutscher Reichstag.

Berlin, 28. Februar.

Am Bundesratstag: Minister v. Breitenbach.
Präsident Dr. Kämpf eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 Minuten. Eingegangen ist die Novelle zum Besoldungsgesetz.

Dr. Weiß (Soz.):

Innere positive Mitarbeit zeigte sich am besten in unserem Volk, die Arbeiterverhältnisse zu verbessern. Relativ ist die Sicherheit auf unseren Eisenbahnen günstig.

Minister v. Breitenbach: Hinsichtlich der Katastrophe des Neubaubezugs bei Meß muß ich mir eine gewisse Reserve aufzulegen, weil die Unterredung in vollem Gange ist. Der Bahnhof, in dem das Unglück passiert ist, ist ein durchaus moderner.

Herr Dr. Schah (Lk.): bringt eine Reihe lokaler Wünsche in Bezug auf Verbindungen vor. Dem Wünsche der Wagenführer, zu Ober-Wagenmeistern befördert zu werden, muß entsprechen werden.

Herr Adler (Natl.): Das Koalitionsrecht beanspruche auch ich für die Eisenbahner. Das Streikrecht dagegen lehne ich ab. Würde ein solcher Streif ausbrechen, so würde die gesamte Volkswirtschaft schweren Schaden leiden.

Herr Dr. Schah (Lk.): Das Koalitionsrecht beanspruche auch ich für die Eisenbahner. Das Streikrecht dagegen lehne ich ab. Würde ein solcher Streif ausbrechen, so würde die gesamte Volkswirtschaft schweren Schaden leiden.

Herr Dr. Schah (Lk.): Das Koalitionsrecht beanspruche auch ich für die Eisenbahner. Das Streikrecht dagegen lehne ich ab. Würde ein solcher Streif ausbrechen, so würde die gesamte Volkswirtschaft schweren Schaden leiden.

Herr Dr. Schah (Lk.): Das Koalitionsrecht beanspruche auch ich für die Eisenbahner. Das Streikrecht dagegen lehne ich ab. Würde ein solcher Streif ausbrechen, so würde die gesamte Volkswirtschaft schweren Schaden leiden.

Herr Dr. Schah (Lk.): Das Koalitionsrecht beanspruche auch ich für die Eisenbahner. Das Streikrecht dagegen lehne ich ab. Würde ein solcher Streif ausbrechen, so würde die gesamte Volkswirtschaft schweren Schaden leiden.

Herr Dr. Schah (Lk.): Das Koalitionsrecht beanspruche auch ich für die Eisenbahner. Das Streikrecht dagegen lehne ich ab. Würde ein solcher Streif ausbrechen, so würde die gesamte Volkswirtschaft schweren Schaden leiden.

Herr Dr. Schah (Lk.): Das Koalitionsrecht beanspruche auch ich für die Eisenbahner. Das Streikrecht dagegen lehne ich ab. Würde ein solcher Streif ausbrechen, so würde die gesamte Volkswirtschaft schweren Schaden leiden.

Herr Dr. Schah (Lk.): Das Koalitionsrecht beanspruche auch ich für die Eisenbahner. Das Streikrecht dagegen lehne ich ab. Würde ein solcher Streif ausbrechen, so würde die gesamte Volkswirtschaft schweren Schaden leiden.

Herr Dr. Schah (Lk.): Das Koalitionsrecht beanspruche auch ich für die Eisenbahner. Das Streikrecht dagegen lehne ich ab. Würde ein solcher Streif ausbrechen, so würde die gesamte Volkswirtschaft schweren Schaden leiden.

Herr Dr. Schah (Lk.): Das Koalitionsrecht beanspruche auch ich für die Eisenbahner. Das Streikrecht dagegen lehne ich ab. Würde ein solcher Streif ausbrechen, so würde die gesamte Volkswirtschaft schweren Schaden leiden.

Herr Dr. Schah (Lk.): Das Koalitionsrecht beanspruche auch ich für die Eisenbahner. Das Streikrecht dagegen lehne ich ab. Würde ein solcher Streif ausbrechen, so würde die gesamte Volkswirtschaft schweren Schaden leiden.

Herr Dr. Schah (Lk.): Das Koalitionsrecht beanspruche auch ich für die Eisenbahner. Das Streikrecht dagegen lehne ich ab. Würde ein solcher Streif ausbrechen, so würde die gesamte Volkswirtschaft schweren Schaden leiden.

Herr Dr. Schah (Lk.): Das Koalitionsrecht beanspruche auch ich für die Eisenbahner. Das Streikrecht dagegen lehne ich ab. Würde ein solcher Streif ausbrechen, so würde die gesamte Volkswirtschaft schweren Schaden leiden.

Herr Dr. Schah (Lk.): Das Koalitionsrecht beanspruche auch ich für die Eisenbahner. Das Streikrecht dagegen lehne ich ab. Würde ein solcher Streif ausbrechen, so würde die gesamte Volkswirtschaft schweren Schaden leiden.

Herr Dr. Schah (Lk.): Das Koalitionsrecht beanspruche auch ich für die Eisenbahner. Das Streikrecht dagegen lehne ich ab. Würde ein solcher Streif ausbrechen, so würde die gesamte Volkswirtschaft schweren Schaden leiden.

Herr Dr. Schah (Lk.): Das Koalitionsrecht beanspruche auch ich für die Eisenbahner. Das Streikrecht dagegen lehne ich ab. Würde ein solcher Streif ausbrechen, so würde die gesamte Volkswirtschaft schweren Schaden leiden.

Herr Dr. Schah (Lk.): Das Koalitionsrecht beanspruche auch ich für die Eisenbahner. Das Streikrecht dagegen lehne ich ab. Würde ein solcher Streif ausbrechen, so würde die gesamte Volkswirtschaft schweren Schaden leiden.

Herr Dr. Schah (Lk.): Das Koalitionsrecht beanspruche auch ich für die Eisenbahner. Das Streikrecht dagegen lehne ich ab. Würde ein solcher Streif ausbrechen, so würde die gesamte Volkswirtschaft schweren Schaden leiden.

Herr Dr. Schah (Lk.): Das Koalitionsrecht beanspruche auch ich für die Eisenbahner. Das Streikrecht dagegen lehne ich ab. Würde ein solcher Streif ausbrechen, so würde die gesamte Volkswirtschaft schweren Schaden leiden.

und keinen Kommunen, die sich auf der Großindustrie aufbauen, sehr schädliche Wirkungen mit sich bringen. Die fiskalischen Interessen sind für die Haltung der preussischen Regierung nie ausschlaggebend gewesen. Die Verfügungen des Kriegsministers und des Generalstabschefs unterstützen die Forderungen der beiden Vordränger durchaus nicht.

Minister v. Breitenbach: Hinsichtlich der Katastrophe des Neubaubezugs bei Meß muß ich mir eine gewisse Reserve aufzulegen, weil die Unterredung in vollem Gange ist. Der Bahnhof, in dem das Unglück passiert ist, ist ein durchaus moderner.

Herr Dr. Schah (Lk.): bringt eine Reihe lokaler Wünsche in Bezug auf Verbindungen vor. Dem Wünsche der Wagenführer, zu Ober-Wagenmeistern befördert zu werden, muß entsprechen werden.

Herr Adler (Natl.): Das Koalitionsrecht beanspruche auch ich für die Eisenbahner. Das Streikrecht dagegen lehne ich ab. Würde ein solcher Streif ausbrechen, so würde die gesamte Volkswirtschaft schweren Schaden leiden.

Herr Dr. Schah (Lk.): Das Koalitionsrecht beanspruche auch ich für die Eisenbahner. Das Streikrecht dagegen lehne ich ab. Würde ein solcher Streif ausbrechen, so würde die gesamte Volkswirtschaft schweren Schaden leiden.

Herr Dr. Schah (Lk.): Das Koalitionsrecht beanspruche auch ich für die Eisenbahner. Das Streikrecht dagegen lehne ich ab. Würde ein solcher Streif ausbrechen, so würde die gesamte Volkswirtschaft schweren Schaden leiden.

Herr Dr. Schah (Lk.): Das Koalitionsrecht beanspruche auch ich für die Eisenbahner. Das Streikrecht dagegen lehne ich ab. Würde ein solcher Streif ausbrechen, so würde die gesamte Volkswirtschaft schweren Schaden leiden.

Herr Dr. Schah (Lk.): Das Koalitionsrecht beanspruche auch ich für die Eisenbahner. Das Streikrecht dagegen lehne ich ab. Würde ein solcher Streif ausbrechen, so würde die gesamte Volkswirtschaft schweren Schaden leiden.

Herr Dr. Schah (Lk.): Das Koalitionsrecht beanspruche auch ich für die Eisenbahner. Das Streikrecht dagegen lehne ich ab. Würde ein solcher Streif ausbrechen, so würde die gesamte Volkswirtschaft schweren Schaden leiden.

Herr Dr. Schah (Lk.): Das Koalitionsrecht beanspruche auch ich für die Eisenbahner. Das Streikrecht dagegen lehne ich ab. Würde ein solcher Streif ausbrechen, so würde die gesamte Volkswirtschaft schweren Schaden leiden.

Herr Dr. Schah (Lk.): Das Koalitionsrecht beanspruche auch ich für die Eisenbahner. Das Streikrecht dagegen lehne ich ab. Würde ein solcher Streif ausbrechen, so würde die gesamte Volkswirtschaft schweren Schaden leiden.

Herr Dr. Schah (Lk.): Das Koalitionsrecht beanspruche auch ich für die Eisenbahner. Das Streikrecht dagegen lehne ich ab. Würde ein solcher Streif ausbrechen, so würde die gesamte Volkswirtschaft schweren Schaden leiden.

Herr Dr. Schah (Lk.): Das Koalitionsrecht beanspruche auch ich für die Eisenbahner. Das Streikrecht dagegen lehne ich ab. Würde ein solcher Streif ausbrechen, so würde die gesamte Volkswirtschaft schweren Schaden leiden.

Herr Dr. Schah (Lk.): Das Koalitionsrecht beanspruche auch ich für die Eisenbahner. Das Streikrecht dagegen lehne ich ab. Würde ein solcher Streif ausbrechen, so würde die gesamte Volkswirtschaft schweren Schaden leiden.

Herr Dr. Schah (Lk.): Das Koalitionsrecht beanspruche auch ich für die Eisenbahner. Das Streikrecht dagegen lehne ich ab. Würde ein solcher Streif ausbrechen, so würde die gesamte Volkswirtschaft schweren Schaden leiden.

Badische Politik.

Landtagswahl in Offenburg.
Muser gewählt.

Wie wir gestern durch Anschlag bekanntmachen konnten, ist bei der Landtagswahl in Offenburg-Stadt der fortschrittliche Kandidat Rechtsanwalt Muser mit 1423 gegen 1342 Stimmen, die auf den Zentrumskandidaten Hauser fielen, gewählt worden.

Bei den letzten Landtagswahlen am 21. Oktober v. J. hat Muser bei einer Wahlbeteiligung von nahezu 90 Prozent 848, der sozialdemokratische Kandidat 450 und der Zentrums-Kandidat Betriebs-Inspektor Hauser, 1336 Stimmen erhalten, der somit im ersten Wahlgang mit 38 Stimmen Mehrheit gewählt war.

Die Wahl wurde bekanntlich wegen grober Verstöße bei der Wahlhandlung für ungültig erklärt. Während also das Zentrum seit der Wahl am 21. Oktober nur 6 Stimmen aufgenommen hat, hat der Großblock seine Stimmenzahl um 125 zu vermehren vermocht. Die sozialdemokratische Anhängerschaft hat bis zum letzten Mann Disziplin gehalten und die Parteistimmen für energische Durchführung der von der Partei beschlossenen Parole gesorgt, sodaß unsere Stimmen restlos für Muser abgegeben wurden, obwohl das Zentrum dem braven und „gerechtfertigten“ Sozialdemokraten mächtig am Bart krabelte und mit der Reichstagswahl in Serichow in der Luft herumfuchtelte.

Wir begrüßen den Sieg Musers mit aufrichtiger Genugtuung, einmal deshalb, weil die Kammer den Zuwachs eines tüchtigen Parlamentariers erhält, eines demokratischen Charakterkopfes, der mit der Geschichte der badischen Kammer eng verbunden ist und auch deshalb, weil dadurch dem Zentrum übermüt, der in letzter Zeit unglaublich in die Wippen schoß, ein wirklich notwendiger und abkühlender Dämpfer aufgesetzt wurde. Unsere Leute sind gerade deshalb umso freudiger für Muser eingetreten, weil er wohl einer der Besten der besten des Zentrums ist.

Der Sieg des fortschrittlichen Kandidaten bringt der Fraktion der fortschrittlichen Volkspartei den sechsten Sitz und damit eine Befestigung der Linksmehrheit. Früher war das Verhältnis 38 : 35, jetzt ist es 39 : 34, was im Interesse der freiheitlichen Entwicklung unseres Landes sehr erfreulich ist.

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt zu dem Ergebnis: Der Großblockgedanke hat sich heute glänzend bewährt; das verdient gegenüber den immer wieder auftauchenden Versuchen, in der Presse rechts, die Idee der gemeinsamen Linksfrente als erledigt, als überlebt und als tot zu bezeichnen, ganz besonders hervorgehoben zu werden. Nationalliberale, Volkspartei und Sozialdemokratie erhielten zusammen heute 125 Stimmen mehr als bei den Wahlen von 1913. Daran läßt sich nichts deuteln. Denn ist bemerkenswert, daß die Linke die Abstimmungsstimmzahl gegenüber den Stichwahlen von 1909 und zwar von 1343 auf 1423 steigern konnte. Die Nationalliberalen und Sozialdemokraten haben nicht nur bis zum letzten Mann für Muser gestimmt, sie haben, und das muß anerkannt werden, den volksparteilichen Bundesgenossen auch aufs tatkräftigste bei der Agitation unterstützt.

Bei den Landtagswahlen im Jahr 1909 hatte der liberale Kandidat Muser bei einer Wahlbeteiligung von 86,7 Prozent 773, der Zentrumskandidat 947 und der sozialdemokratische Kandidat 682 Stimmen erhalten. In der Stichwahl war dann Muser mit 1343 gegen 1085 Stimmen gewählt worden.

Bei der Reichstagswahl erhielt in der Stadt Offenburg der liberale Kandidat Kößlich 1757 und der Zentrumskandidat 1462 Stimmen; dabei ist natürlich zu berücksichtigen, daß nicht alle Reichstagswähler auch für den badischen Landtag wahlberechtigt sind.

Die Wahl im 7. bad. Reichstagswahlkreis abermals angefochten. Gegen die Gültigkeit der Wahl des Zentrumsabgeordneten Dr. Wirth ist von Seiten des liberalen Wahlkomitees eine begründete Wahlanfechtung an den Reichstag eingereicht worden.

Zur Ausschreibung von Lokomotivheizstellen für Schlosser schreibt man uns: Bei der badischen Eisenbahnverwaltung besteht gemäß amtlicher Nachrichten Bedarf an Schlossern für den Lokomotivheizdienst. Reflektanten müssen militärfrei und nicht älter als 26 Jahre sein. Außerdem sollen sie körperlich tüchtig sein und über ein gutes Seh-, Hör- und Farbenunterscheidungsvermögen verfügen. Bei Bewerbungen um diese Stellen müssen dem Gesuch die Lehr-, Arbeits- und Militärführungszugnisse beigelegt werden. Zu richten sind die Bewerbungen an die Gr. Verwaltung der Hauptwerkstätte in Karlsruhe.

Anscheinend soll durch diese Ausschreibungen dem a. Zt. bestehenden Lokomotivheizermangel gesteuert werden. Die Tatsache, daß trotz bestehender Arbeitslosigkeit es in Baden an Webern für den Lokomotivdienst fehlt, sollte der Generaldirektion doch zu denken geben. Das illustriert zur Genüge die schlechten Anstammungsverhältnisse unserer Heizer. Es ist kein Zweifel, daß mancher Nichthandwerker abseits vom Eisenbahndienst sich besser stellt als unsere Anwärter auf Heizer- und Führerstellen, die zudem ständig in Gefahr stehen, Leben, Gesundheit und — Freiheit zu riskieren. Jeder Neueintretende bei der Eisenbahn soll sich ja über diese Dinge klar werden. Ein tüchtiger Schlosser findet heutzutage überall sein Auskommen; der Vater „Staat“ ist oft nicht der soziale Beglückter, als den man ihn sich so gern ausmalt. Sängt man aber einmal im Beamtenjocke, dann kommt man nur schwer los, denn die vielen Jahre Anwartschaft und Heizerchule zieht man wie eine eiserne Kette hinter sich nach und wartet von einer Enttäufung auf die andere. Darum: Vorsicht ist die Mutter der Porzellanfabrik.

Theater und Musik.

Hofftheater Karlsruhe.

Gaspiel der Schwestern E. und B. Wiesenthal.

Am Freitag abend kehnten wieder die hier schon bestens bekannten Schwestern Biese nthal zu einem einmaligen Gaspiel in unserem Hofftheater ein. Ihre Darbietungen sind allerorts bekannt und anerkannt worden, denn sie erheben sich weit über das übliche Maß der Ballet-Tänzeprünge und Reizhaltigkeit; vielmehr verlegen sie den Schwerpunkt des musikalischen Empfindungs Ausdruck in eine plastische Sprache der Gesamtgemeinerung durch Betonung der Gesamlkörperform und des rhythmischen Linienpiels ihrer jeweils von der Musik behafteten Silhouette. Ihre Tanzdarbietungen sind somit ästhetische Bereicherungen des Körperdramas und dichterische Eigenerschöpfungen. Bei ihnen paßt sich nicht der tangende Fuß dem Rhythmus des Konzertes, den inhaltlichen Grundgedanken ganz außer acht lassend, an, sondern sie strahlen die in sich aufgenommene musikalische Idee durch mimischen Ausdruck, durch plastische Gestaltung des ausdrucksfähigen Körpers und durch erhöhte Betonung der rhythmischen Formel in wieder von sich aus. Daß hierbei Licht, Farbe und stoffliche Linienkomposition der Tanzschöpfung einen tieferen oder dufthäufigen Charakter geben, ist ein weiterer wirksamer Reiz, der das geistliche Bild auf eine harmonische Einheit von künstlerischem Wert abstimmt. — So nahm denn auch das Publikum die fünf Tangdarbietungen an, von denen jede ein intimer Auschnitt gekürzter Schönheitskultur darzustellen vermochte, sehr beifällig an. Neben dem mit festlichem Wirbeln wiedergeborenen „Adagio“ von Biele fand der „Violetta“ von Joh. Strauß stürmischen Beifall und mußte wiederholt werden. Als Einleitung gab man die früher schon besprochene Operette „Danni weint — Danni lacht.“ W. Sch.

Kunst und Wissenschaft.

Deutsche Arbeiterlanger in Paris. Man schreibt uns: In den Osterferien wird in Paris ein großes öffentliches Konzert stattfinden, das der Düsseldorf Arbeitergesangverein freierheit veranstaltet. Die Organisation des Festes liegt in den Händen

des Deutschen Sozialdemokratischen Vereins. Die französische sozialistische Partei wird, trotzdem sie gerade in diesen Tagen von der Wahlbewegung außerordentlich in Anspruch genommen wird, die deutschen Genossen, die etwa 150 Mann stark herkommen, mitempfangen. Dem Konzert, das in einem der größten Pariser Lokale stattfinden wird, soll eine politische Manifestation vorangehen, zu der die französische Partei ihre Delegierten sendet, u. a. den Generalsekretär Dubreuilh und den Abgeordneten Marcel Sembat. Da in denselben Tagen auch etwa zweihundert Schweizer Genossen aus Bern, unter Führung des Nationalrats Genossen Grimm herkommen und an dem Fest als Zuhörer teilnehmen werden, so verpricht der Abend einen internationalen Charakter zu erhalten.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Bibliotheksabteilung bezogen werden. Der Arbeiter-Monatsheft. Organ für die Interessen der Arbeiterklasse. Eingegangen ist Nr. 5 des 20. Jahrgangs. Aus dem Inhalt: Um die olympischen Spiele; Gebt uns Wanderstraßen; Karte Steine; Massenpolitik und Sport; Mundschaub; Wie schreit man zur Bildung eines Sportvereins. Auch ein Kleinodendruck. Das Fahrrad im Dienste der Samaritervereine usw.

Spieldplan des Hofftheaters Karlsruhe. Dienstag, 3. März. C. 41. „Der Barbier von Bagdad, komische Oper in 2 Akten von Peter Cornelius. Anfang 7/8 Uhr, Ende 1/2 10 Uhr. Donnerstag, 5. März. B. 42. „Der verlorene Sohn“, Legende in 3 Akten von Wilhelm Schmidböck. Anfang 7/8 Uhr, Ende 1/2 10 Uhr. Freitag, 6. März. A. 43. „Aus Rußland“, Fosse in 3 Akten von Neffros, Musik von Franz Miller. Anfang 7/8 Uhr, Ende 1/2 10 Uhr. Samstag, 7. März. B. 41. „Die schöne Selenia“, komische Oper in 3 Akten von Offenbach. Anfang 7/8 Uhr, Ende 1/2 11 Uhr.

In Baden - Baden: Mittwoch, 4. März. 22. Ab.-Vorst. „Die Eugenotten, große Oper in 5 Akten von Meyerbeer. Anfang 7/7 Uhr, Ende 10 Uhr.

Ein Amtsrichter wegen Beleidigung bestraft.

Eugen, 28. Febr. Die Landtagswahl des letzten Jahres hatte ein gerichtliches Nachspiel. Regierungsassessor Franck hatte gegen Amtsrichter Straub, der sich als „Insel des Zentrums“ bezeichnete, Beleidigungsflüge angestrengt, auf Grund verschiedener schwer beleidigender Neußerungen, die der Angeklagte am Wahltagabend in einer Zentrumszusammenkunft in der „Sonne“ begangen. Es waren gegen 20 Zeugen geladen. Das Urteil lautete gegen Amtsrichter Straub auf 50 M. Geldstrafe und sämtliche Kosten.

Bewerkschaftliches.

Der Streit bei der Firma Dyrerhoff und Widmann in Karlsruhe dauert weiter. Es sind nunmehr sämtliche Tiefbauarbeiten dieser Firma gesperrt. Wir erwarten, daß alle Bauarbeiter nach wie vor die Arbeit bei der Firma nicht aufnehmen und auch dafür sorgen, daß kein Bauarbeiter nach Karlsruhe reist, um Hausreihenarbeiten zu leisten. Die Firma gibt sich die erdenklichste Mühe, Arbeitswillige zu bekommen, jedoch bisher ohne Erfolg und ist auch zu erwarten, daß dies auch weiterhin der Fall ist.

Die Firma sucht durch die Zeitungen Arbeiter und bietet Löhne wie folgt an: Hilfsarbeiter 47 Pf., Zementarbeiter 52 Pfennig, Zimmerer 57 Pf. pro Stunde. Diese Löhne sind von 1 bis zu 23 Pf. pro Stunde niedriger, als wie bei anderen Tiefbauunternehmen vertraglich festgelegt. Schon dieser Umstand muß einen ehrlich denkenden Arbeiter abhalten, den Streikenden in den Rücken zu fallen.

Am Abend in allen arbeitervreundlichen Blättern wird gebeten. Deutscher Bauarbeiterverband. Die Streikleitung.

Der Fluch der bösen Tat. Seitdem sich die christliche Organisation beim Streit der Langbeinischen Arbeiter als billiger Streikbrecherlieferant benimmt, hat sich die Arbeiterorganisation von Seiten der Unternehmer so eingeschädigt, wie es ihr gebührt. So schreibt uns ein Gewerkschaftsbeamter, welcher vergangener Woche mit einem Fabrikanten und Großkaufmann am Karlsruher Rheinhafen wegen eines Tarifabschlusses zu verhandeln hatte, daß der Unternehmer zunächst mit der Entlassung seiner familiären Arbeiter gedroht habe. Er wolle an deren Stelle christlich organisierte Arbeiter einstellen. Auf die Einwendung, daß er im Falle eines Streiks christlich organisierte Streikbrecher nicht erhalten würde, verwies der Herr auf den Streit bei der Firma Langbein u. Co. und wiederholte die Behauptung, daß er von dem christlichen Verband gewisse Leute geliefert bekomme, falls er mit den frei organisierten Schwierigkeiten bekäme. So wird also die christliche Gewerkschaft bereits von den Arbeitgebern eingeschätzt! Der gleiche Arbeitgeber bemerkte auch, daß er von den Streikbrechervermittlungsbureaus in Hamburg Angebote erhalten habe, jedoch würde er solche Leute nicht annehmen. Ihm sind die christlich organisierten Streikbrecher lieber, sie sind bedeutend billiger und nicht so anspruchsvoll wie die „Hinzubröder“; jene würden ihn auch u. m. s. o. nicht von den christlichen Sekretären geliefert. Die Herren haben in Jodgrün noch ein ganzes Lager, das untergebracht werden muß. Das Interessante an der Sache ist aber, daß im Betriebe unter den 20 Beschäftigten auch zwei christlich organisierte vorhanden waren, welche allerdings große Augen machten, als sie erfuhren, welche Rolle ihren christlichen Verbandskollegen im Falle eines Streiks zugeordnet war. Ihnen selbst wäre es eben ergangen wie den drei christlich organisierten Holzarbeitern bei Langbein u. Co. Wenn der Streit einige Tage angehalten hätte, dann wäre ihnen die Unterstützung verweigert und sie in den Betrieb zurückgejagt worden. Für die vollständige Befreiung mit Streikbrechern hätten die Herren Sekretäre des Verbandes mit dem langen Namen schon gesorgt.

Verband „gläubiger Väter“. Wie die „Bad. Wart.“ meldet, wurde in Karlsruhe ein badischer Verband gläubiger Väter gegründet, der zum Vorsitzenden Vätermeister Brändle aus Forzheim wählte. Die Gründung erfolgte anlässlich der zweiten badischen Konferenz gläubiger Väter. Es wäre interessant zu erfahren, was die im „Verband der gläubigen Väter“ organisierten Zeugniskünstler alles glauben.

Soziale Rundschau.

Die Verwertlichen der Stellenvermittlung für Arbeiter bei der Gr. Bad. Staatsbahnverwaltung weisen im Februar wiederum einen erheblichen Zugang an Arbeitssuchenden, dagegen keinen Bedarf an solchen auf. Insgesamt sind bei 23 (21) Dienststellen 312 Arbeitssuchende gegen 238 im Januar vorigen Jahres. Diese verteilen sich wie folgt über das Land: Mannheim 64 (im Januar 64), Basel 42 (2), Kirchheim bei Heidelberg 32 (0), Karlsruhe 31 (17), Bruchsal 28 (50), Lauda 23 (26), Freiburg 10 (8), Forzheim 10 (7), Bretten 10 (10), Baden-Baden 9 (9), Heidelberg 9 (9), Appenweier 8 (8), Sausach 8 (0), Offenburg 8 (0), Konstanz 7 (7), Graben 7 (0), Schwetzingen 2 (2), Tauberhirschbach 2 (2), Baden-Dos 1 (0) und Schaffhausen 1 (0).

Kommunalspolitik.

Schulärzte im Hauptamt oder im Nebenamt? Ueber den Umfang der schulärztlichen Tätigkeit hat der Magistrat der Stadt Magdeburg bei den 48 Großstädten des Reiches eine Umfrage veranstaltet. Während die Mehrzahl der Städte sich mit einer schulärztlichen Ueberwachung der Volksschulkinder begnügt, gingen 21 Großstädte darüber hinaus, indem sie auch die Schüler der mittleren und höheren Schulen, zum Teil auch der Fortbildungsschulen in die Ueberwachung einbezogen. In Düsseldorf, Nürnberg und Straßburg ist die ärztliche Ueberwachung auch auf das vorschulpflichtige Alter — Kleinkinder- und Warteschulen — ausgedehnt. Nur 10 Städte haben Schulärzte im Hauptamt, dagegen 38 solche im Nebenamt angestellt, während in zwei Städten ein Mischsystem herrscht. Die Erfahrungen, die die Städte mit den Schulärzten im Hauptamt gemacht haben, waren durchaus glückliche. Die schulärztliche Tätigkeit ist gleichmäßiger und einheitlicher, die Schulhygiene und sonstige soziale Fürsorge wird von hauptamtlichen Ärzten besser wahrgenommen, als von Praktikern, die wenig oder keine Zeit zur theoretischen Beschäftigung mit hygienischen und sozialhygienischen Fragen haben. Den hauptamtlichen Schulärzten soll dagegen der Zusammenhang mit der Praxis fehlen und ihre einseitige Betätigung auf einen kleinen Ausschnitt ärztlicher Fürsorge die Gefahr der Schablonisierung ihrer Tätigkeit mit sich bringen. Ebenso fehlt ihnen mangels der Ausübung ärztlicher Praxis die Fühlung mit den sozialen Verhältnissen in den Schulbezirken, während der Schularzt im Nebenamt diese Fühlung seiner übrigen Tätigkeit ohne weiteres erlangt. Die große Zahl der von einem hauptamtlichen Arzt zu überwachenden Kinder hindert auch an einer individualisierenden, auf die Kenntnisse der Familienverhältnisse per Kinder gestützten Ausübung der schulärztlichen Tätigkeit. Die städtischen Körperkassen in Magdeburg beschloßen,

das System der nebenamtlichen Schulärzte beizubehalten und die Ueberwachung auch nicht über die Volksschulkinder hinaus auszudehnen, weil die Eltern der Schüler höherer Schulen selbst in der Lage sind, für die ärztliche Ueberwachung ihrer Kinder Sorge zu tragen. Für die Ueberwachung der Volksschüler wurde eine dreimalige Unternehmung jedes Kindes festgelegt, und zwar in der Weise, daß die erste Untersuchung in den ersten Schulwochen nach Eintritt, die zweite nach dem vierten Schuljahr und die dritte Unternehmung am Beginn des letzten Schuljahres vorgenommen ist. Bei der letzten Unternehmung ist den Kindern ärztlicher Rat für den zu ergebenden Beruf zu erteilen.

s. Bürgerausschussesitzung in Kleinsteingeb. In der am 28. Februar stattgefundenen Bürgerausschussesitzung wurde neben den Tagesordnungspunkten „Voranschlagsberatung für 1914“ und „Abhör der Gemeinde- und Krankenkassenrechnung für 1913“ auch die Erziehung für zwei zu uns zählen ausgeübten Mitglieder der dritten Wählerklasse vorgenommen. Da die Konserativen im Bürgerausschuh die Mehrheit haben, war voranzutreten, daß sie auf diese beiden Sätze abnehmen werden. Es wurde Georg Wülker und Karl Borch gewählt. Diese beiden Arbeiter sitzen nun auf Kosten der Sozialdemokratie im Kleinsteingebauer Bürgerausschuh. Stolz brauchen sie auf das solcher Art erworbene Amt nicht zu sein. Die Wähler der dritten Klasse werden auf diesen Gewaltakt der Konserativen bei der nächsten Wahl schon die gebührende Antwort geben.

Der vom Gemeinderat vorgelegte Voranschlag, der eine Umlageerhöhung von 26 auf 58 Pf. vorsieht, wurde ohne Debatte einstimmig gutgeheißen. Ebenso wurde die Gemeinde- und Krankenkassenrechnung vom Jahre 1913 entgegengenommen. V.-A.-M. Karl Seeger beschwerte sich, daß zu viel Pfaffenrinnen gemacht wurden. Er ist offenbar der Ansicht, daß er an der schönen Landstraße wohnt, wo alles in Ordnung ist, daß die andern Bürger, die in den Nebenstraßen wohnen, ruhig im Not und Schlamme herumlaufen können. Wenn nur seine Konserativen Wünsche befriedigt sind. Die Wähler, die in den Nebenstraßen wohnen, mögen sich diese Ausführungen merken und bei der nächsten Wahl sich danach richten. Der Gemeindevoranschlag schließt mit einer Gesamtausgabe von 16 558 M. ab. Die Einnahme beträgt 8 373 M. Durch Umlage zu bedeuten sind 10 485 M. Die Steuerwerte und -Sätze betragen: Liegenschaftssteuerwert 1 207 160 M., Umlage wird erhoben 68 Pf., ergibt 7001 M.; des Betriebsvermögens 37 400 M., die Umlage 58 Pf., ergibt 217 M.; das Kapitalvermögen beträgt 135 000 M., die Umlage 16 Pf., macht 217 M.; Arbeitsverhältnis, sonstige Quellen 30 475, Umlage 92,5 Pf., macht 2828. Summe der Umlage 10 496. — Nach einigen Anfragen und Bemerkungen wurde die Sitzung geschlossen.

r. Gaggenau. Nächsten Mittwoch findet eine Bürgerausschussesitzung statt. Die Sitzungen sind öffentlich. Jedermann hat Zutritt.

Der Voranschlag von Forzheim. Der städtische Voranschlag von Forzheim für 1914, der bekanntlich eine Umlageerhöhung von einem Pfennig auf 38 Pf. bringt, ist jetzt im Druck erschienen. Eine starke Zunahme zeigen die Rechnungsergebnisse der gewerblichen Unternehmungen, des Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerkes, so daß außer den vorgezeichneten Abschreibungen noch den einzelnen Reservefonds beträchtliche Ueberschüsse zugeführt und erhöhte Beiträge zum städtischen Haushalt für 1914 vorgezogen werden können. Der Abschlag der Straßenbahnkasse war nicht so günstig, wie im Jahre 1912. Im verfloffenen Jahre waren die Einnahmen höher, als vorgezogen war, aber auch die Ausgaben sind gestiegen. Die Anleihefonds der Stadt Forzheim betragen auf 1. Januar d. J. 44 397 000 M. Zu ihrer Verzinsung sind 1 716 948 M., zur ordentlichen Tilgung 617 770 M. erforderlich.

Hausneubau in Oberwiesheim. Zur Deckung der Kosten für einen Hausneubau mit Beherrschung in Oberwiesheim wurde der Gemeinde von der Groß. Post- und Domänenverwaltung Karlsruhe ein außerordentlicher Zuschuß genehmigt. Zu diesem wurde ein Zuschuß der stärksten Eichen vorgezogen; es befinden sich darunter solche von über 2 und 3 Fmstern.

Bau eines Zentralfriedhofes in Heidelberg. Unter den 5 Vorlagen, welche den Bürgerausschuh in seiner dreifünftigen Sitzung vom letzten Freitag beschäftigten, war es in erster Linie die Vorlage der Errichtung eines neuen Zentralfriedhofes, welche außerordentliches Interesse beanspruchte. Der Gesamtaufwand beträgt 1 228 600 M. Zu bewilligen wären noch 721 600 M. Die Vorlage erfuhr von allen Seiten, einschließlich des Zentrums, freundliche Begrüßung und Unterstützung. Trotzdem das Zentrum durch zwei Redner die Vorlage im allgemeinen anerkannte, konnte es nicht umhin, Konstanz in erneuter Auflage aufmerksam zu machen. Es appellierte dabei recht laut an die Toleranz gegenüber dem Katholizismus, an dieselbe Toleranz, die man in jenen Kreisen, besonders in ihrer geistlichen Vertretung, leider recht oft vergebens sucht. Diesmal hatte es ihnen der Zustand angetan, daß die Verrentungseinrichtung zur Leichenverbrennung sich im gleichen Raum mit der Einsegnung befindet. Auffallend war, daß das Zentrum bezügl. seiner Vertreter weder in der Kommission noch im Stadtrat, trotz Kenntnis des Gespannten, keinerlei Protest gegen das Vorhaben laut werden ließen. Heute machte daselbst das Zentrum, nachdem sein Antrag auf völlige räumliche Trennung der beiden Einrichtungen mit allen gegen seine eigenen Stimmen abgelehnt worden war, mobil gegen die Vorlage. Der Stadtrat war gewillt, entgegenzutreten und durch einen Kompromiß (Verletzung des Verrentungsapparates nach Bedarf bei katholischen Leichenverbrennungen und Umfassung der ganzen Verrentungseinrichtung) die Gegenstände zu überbrücken. Es half alles nichts. Die kirchliche Machthaber wollten alles oder nichts. Nachdem die starre dogmatische Forderung des Zentrums abgelehnt war, stimmte dieses gegen die Stimmen des Zentrums dann an.

Aus dem Bürgerausschuh von Heidelberg. Neben der Vorlage betr. Bau eines Zentralfriedhofes kamen in der Sitzung vom letzten Freitag noch verschiedene weitere wichtige Vorlagen zur Erledigung. Die Vorlage auf Ausbau der höheren Mädchenschule mit einer Realgymnasialabteilung wurde gegen 7 Stimmen angenommen, nachdem der Stadtrat im Dezember seinen Antrag auf Ausbau mit einer Oberrealschulabteilung zurückgezogen hatte. — Die Vergrößerung des Betriebsbahnhofes der Straßenbahn wurde mit 136 000 M. einstimmig genehmigt. Bedingt wird diese Maßnahme durch die recht erfreuliche Ausdehnung der Straßenbahnlinien im Nachbarortverkehr. — Die Vergrößerung des städtischen Hallenbades um 7 Zellen dritter Klasse mit einem Aufwand von 5000 M. wurde einstimmig gutgeheißen. — Ebenso einstimmig befielt die Vorlage betr. Gehalt, Ruhegehalt- und Hinterbliebenenversorgungsverhältnisse des Oberbürgermeisters des Kollegium. Derselbe erhält ab 1. Januar 1914 jährlich 16 000 M., steigend in zweijährigen Zulagen um 1000 M. auf 17 000 M. Endgehalt. Als arbeitsfähige Zeit zählt die Zeit ab 1. Juli 1881. Dem Oberbürgermeister steht außerdem ferner Bezugs von Gas, Wasser und Elektrizität zu. Freie Dienstwohnung erhält er nicht.

Wahl eines 1. Bürgermeisters in Heidelberg. Die Kommission zur Vorbereitung der Wahl des 1. Bürgermeisters hat mit 7 gegen 8 Stimmen, die auf einen Mannheimer Verwaltungsbekannteten fielen, und 2 Stimmenhaltungen beschlossen, zum 1. Bürgermeister den hiesigen 2. Bürgermeister, Wielandt, vorzuschlagen.

Straßenbahn Heidelberg-Schwetzingen. Der Stadtrat von Heidelberg hat in seiner Sitzung vom 26. d. M. beschlossen, dem Bürgerausschuh eine Vorlage zuzunehmen, in der die Bewilligung der Mittel für den Bau einer elektrischen Straßenbahn von Heidelberg über Espelheim-Mannstadt nach Schwetzingen angefordert werden soll.

Der Voranschlag von Freiburg. Nach dem Voranschlag für das Jahr 1914 der Stadt Freiburg tritt eine Umlageerhöhung von 2 Pf. auf, und zwar von bisher 32 auf 34 Pf. ein. Die Gesamtausgaben der Stadt sind auf 16 856 930 M., die Einnahmen auf 13 375 130 M. veranschlagt. Die Umlage für Liegenschafts- und Betriebsvermögen ist auf 34 Pf. angesetzt. Die Entwürfe über die Erhebung einer Luftfahrzeugsteuer werden erst nach Beendigung der Voranschlagsberatung aber noch im Laufe des Jahres dem Bürgerausschuh zur Beschlusfassung vorgelegt werden.

Oberbürgermeister Dr. Weber Ehrenbürger von Konstanz. Der Stadtrat und der Bürgerausschuh von Konstanz traten Freitag vormittag zu einer kurzen vertraulichen Sitzung zusammen, in welcher nach einer Ansprache von Bürgermeister Kaufmann und Stadtordeordneten-Dannmann Löhr einstimmig und beabteilungslos beschlossen wurde, den am 1. März d. J. von seinem Amte zurücktretenden Oberbürgermeister Dr. Weber zum Ehrenbürger der Stadt Konstanz zu ernennen.

Begehrtes Vermögen. Der Gemeinderat von Rehl besaß in seiner letzten Sitzung mit dem Weggang des Herrn Bürgermeister Dietrich. Er verfuhr, Herrn Dietrich zu bewegen, seinen Entschluß rückgängig zu machen, in welchem Falle sein Jahresgehalt von 7600 auf 10 000 M. erhöht werden würde. Die Bemühungen blieben aber ohne Erfolg.

Die Anleihe der Stadt Freiburg genehmigt. Der Stadtrat der Gemeinde Freiburg wurde vom Ministerium des Innern im Einvernehmen mit dem Ministerium des Groß. Hauses, des Justiz und des Landwirtschaftlichen und des Groß. Ministerium der Finanzen die Genehmigung zur Ausgabe von zu 4 Prozent verzinstlichen Schuldverschreibungen auf den Inhaber im Nennbetrage von 10 Millionen Mark, sowie zur Ausgabe der zugehörigen Zinscheine erteilt.

Schnelzug nach der Uebersiedelung. In der letzten Bürgerausschussesitzung der Gemeinde Rehl leitete der Vorsitzende mit, daß der vom Gemeinderat dem Bürgerausschuh vorgelegte Wassererparungsvorlage zurückgezogen werde, da man von dem Mannheimer Stadtrat eine Eingabe gerichtet habe, die auf eine Eingemeindung nach Mannheim hinzielt. Man wolle die Antwort abwarten. Während verschiedene Redner sich für die Eingemeindung aussprachen, bezeichnete Wagnermeister Brizner die Bewegung für eine Eingemeindung als Partei- und Interessenspolitik. Er blieb jedoch mit dieser Meinung allein.

Bürgermeisterwahl in Mandern. Bei der Bürgermeisterwahl wurde der seitherige Bürgermeister Keller wieder gewählt.

Kleine kommunale Mitteilungen. Der städtische Voranschlag der Stadt Schwetzingen für das Jahr 1914 sieht den gleichen Umlagefuß von 47 Pf. wie im Vorjahr vor. Die Gesamteinnahmen betragen 175 000 M. Die Gesamtausgaben 414 662 M.

Aus dem Lande.

Durlach. — Was lange währt... Seit gestern (Sonntag) früh ist der Verkehr der elektrischen Bahn auf der Stadtbahn bis zum „Karlsruhe“ ausgenommen. — **Schneller Tod.** Samstag abend erlitt der bekannte frühere Maschinist F. Schäger, ein seit Jahren arbeitsunfähig gemordeter Veteran von 1870 auf der Hauptstraße einen Herzschlag. Der Tod trat sofort ein. — **Ueber die Tätigkeit des Verwaltungsgerichts für den Bezirk Durlach** ist den Bezirksrichtern im Jahresbericht für 1913 zu entnehmen. Danach hat sich die Tätigkeit des Gerichts, trotzdem nun auch Vergleichen in den Bereich einbezogen ist, in demselben Rahmen bewegt, wie 1912. Es wurden 49 Fälle anhängig gemacht, gegen 50 Fälle 1912. Davon betrafen allein 18 das Vergewaltigung, während 12 Fälle auf das Wirtsgewerbe entfielen, auch das Metallgewerbe ist mit 5 Fällen vertreten. Die 49 Fälle wurden erledigt: 16 durch Urteil, 17 durch Vergleich und 16 durch Zurücknahme und Verzeihenlassen. Die 49 Streitfälle wurden in 28 Sitzungen erledigt und zwar in 15 mit und in 13 ohne Versteher. In der großen Mehrzahl der Fälle war der Streitwert gering. Er betrug in 28 Fällen unter 20 M., in 12 Fällen 20—60 und ging nur in 5 Fällen über 100 M. hinaus. In 34 Fällen erfolgte ihre Erledigung innerhalb einer Woche, in 9 Fällen innerhalb 2 Wochen. Die gesamten Gerichtsgebühren betragen 759,65 M.

Ettlingen. — **Eigenartiger Brand.** Schon seit einigen Tagen machte sich in einem Haus in der Kronenstr. in dem ein Eiseller eingekauft ist, ein intensiver Brandgeruch bemerkbar. Nach eingehender Untersuchung entdeckte man, daß der zwischen dem Kellerwand und der äußeren Gebäudemauer als Isoliermaterial eingelegte Torf durch Selbstentzündung ein starkes Glimmen geraten war. Die Mauer wurde aufgeschnitten und der Brandherd unschädlich gemacht. — **Die Umlage.** Der Gemeinderat hat beschlossen, als Umlagefuß für Liegenschafts- und Betriebsvermögen wieder 30 Pf. für Kapitalvermögen 15 Pf. und für Einkommen 45 Pf. zu erheben.

Offenburg. — **Eine Bezirksratsversammlung mit 22 Tagesordnungspunkten** findet am Mittwoch hier statt. Darunter sind 7 Entschädigungsfälle für tuberkulöse Kühe und 2 Mißbrandauffälle. — **Wegen Vergehens gegen das Neubaugesetz** wurde Landwirt Briel Vogt von Durbach von der Strafkammer zu einer Geldstrafe von 5 M. verurteilt. — **Wegen Vergehens zweier Sittlichkeitsverbrechen** (§ 171. Abs. 3) hatte sich der seit Oktober vorigen Jahres als Kanoniker beim Freiburger Militärseminar eingestellte Maurer Georg Friedrich Falck von Unterarmersbach zu verantworten. Der 30-jährige Täter wurde der Justiz zur Beurteilung ausgeliefert. Er erhielt eine Gefängnisstrafe von 7 Monaten, abzüglich 1 Monat Untersuchungshaft.

1. Anielingen, 1. März. Der hiesige Fesselmüller Jakob Bauer II konnte am 8. Februar auf eine 25jährige Dienstzeit als Fesselmüller der Gemeinde zurückblicken. Der Gemeinderat hat die lange und treu geleistete Dienstzeit dadurch geehrt, daß er dem Jubilar in einer besonderen Sitzung ein Geschenk von 50 Mark überreichte. — **Mannheim, 27. Febr.** Aus Ludwigshafen wird gemeldet: Der gefährliche Ein- und Ausbrecher Tomjic, dem es zuletzt Ende Dezember gelang, trotz Bewachung durch vier Bedarmten, während des Gefangentransports zu entweichen, jedoch bald wieder eingefangen wurde, hat seinen vielen Ausbrechertatbeständen ein neues würdig zur Seite gestellt. Trotz seiner Fesselung gelang es ihm in Rodenburg, aus seiner Wertschließung mit den Fingern einen Rasel herauszuarbeiten, den er mit den Zähnen trumm bog und ihm als Dietrich zum Dessein seiner

Reihen mit Erfolg bemühte. Seine unglückliche Kraft und Gewandtheit, der frumme Nagel und ein kleines Stüchlein Blech...

L. Gieseler, 27. Febr. Am Donnerstag abend brach im Weissenhaus ein Brand aus, welcher den Dachstuhl zerstörte und...

Müllingen, 27. Febr. Vorgetern abend brannte das Anwesen des Kohlenhändlers Mangold vollständig nieder. Während der Nacht wurde das Nachbargebäude des Landwirts...

Konstanz, 27. Febr. Als ein wegen verdächtigem Schwindeln schon längere Zeit gesuchter Doktor Herlinghaus verhaftet werden sollte, sprang er zum Dachfenster eines zweistöckigen Hauses hinaus und blieb mit erheblichen Verletzungen liegen...

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 2. März.

Bildungsausschuß.

Wegen Behinderung des Referenten muß der auf heute Montag, 2. März, angekündigte Vortrag bis auf weiteres verschoben werden.

Errichtung eines Staatsbahnstabs Karlsruhe-Ost. Wegen Errichtung einer Haltestelle der neuen Staatsbahn an der Durlacher Landstraße für Personen- und Güterverkehr...

Der Stadtrat hat demgegenüber nach wie vor daran festgehalten, daß die richtige Lage des Ostbahnstabs sich zwischen der Durlacher Allee und der Gervigtstraße befindet, daß einer Verlagerung bei der Nähe des Güterbahnstabs untergeordnete Bedeutung beizumessen ist...

Der Stadtrat hat demgegenüber nach wie vor daran festgehalten, daß die richtige Lage des Ostbahnstabs sich zwischen der Durlacher Allee und der Gervigtstraße befindet, daß einer Verlagerung bei der Nähe des Güterbahnstabs untergeordnete Bedeutung beizumessen ist...

Der Stadtrat hat demgegenüber nach wie vor daran festgehalten, daß die richtige Lage des Ostbahnstabs sich zwischen der Durlacher Allee und der Gervigtstraße befindet, daß einer Verlagerung bei der Nähe des Güterbahnstabs untergeordnete Bedeutung beizumessen ist...

Der Stadtrat hat demgegenüber nach wie vor daran festgehalten, daß die richtige Lage des Ostbahnstabs sich zwischen der Durlacher Allee und der Gervigtstraße befindet, daß einer Verlagerung bei der Nähe des Güterbahnstabs untergeordnete Bedeutung beizumessen ist...

Der Stadtrat hat demgegenüber nach wie vor daran festgehalten, daß die richtige Lage des Ostbahnstabs sich zwischen der Durlacher Allee und der Gervigtstraße befindet, daß einer Verlagerung bei der Nähe des Güterbahnstabs untergeordnete Bedeutung beizumessen ist...

* Jugentgleitung. Am Samstag mittag 12 Uhr entgleiste bei der Station Kagfeld auf der Strecke Karlsruhe-Karlsruhe ein Tender der Maschine eines Arbeitszugs...

Veranstaltungen.

* Arbeiterbildungsverein. Heute, Montag, abends 8 1/2 Uhr, hält im Hause Wilhelmstraße 14 Herr Professor Albert Rechter einen Experimentalvortrag: „Licht und Sehen (Optik)“.

* Festball. In Freiburg spielte am Sonntag F.-C. Mühlburg gegen Freiburger Fußballklub im Ligaspiel. Das Spiel endete 0 : 0. Die Kreisliga gütigen folgende Resultate: Fürtz — Rieders Stuttgart 2 : 0, Frankfurt — Mannheim 2 : 3.

* Feuerlöscher im „Vorwärts“. Berlin, 28. Febr. Heute vormittag brach in der Druckerei des „Vorwärts“ in der Lindenstraße ein Feuer aus, das mehrere Rotationsmaschinen und den Maschinenraum erheblich beschädigte.

* Obsterbe der Fremdenlegation. Mainz, 27. Febr. Hier wurde gestern am Rheinufer eine Pflanzpflanz angebracht. Die Pflanze enthielt einen Zettel mit folgender Aufschrift: „Wir sind zur Fremdenlegtion verschiebt, Befreit und schnell.“

* Folgen schwerer Faschingscheren. Nierlohn, 28. Febr. Am Faschingsnachtsbrat begab sich ein Arbeiter, als Strohpuppe verkleidet, auf die Straße; einige Wunden zündeten die Verkleidung an.

* Elternmord aus Habgier. Petersburg, 27. Febr. Ein einschändliches Verbrechen wurde im Dorfe Botak unweit New verübt. Der einzige Sohn des reichen Grundbesizers Tschufato beschloß, seine Mutter zu ermorden, um den späteren Besitz nicht teilen zu müssen.

* Zum Abschluß der Arbeit. Galtorn, 28. Febr. Die Steuerung eines Kraftwagens einer hiesigen Brauerei versagte beim Herunterfahren eines Berges. Der Wagen ließ in eine Baumgruppe, die beschädigt wurde.

* Konstantinopel, 28. Febr. 20 Arbeiter, die mit der Errichtung von Parkanlagen in der Nähe des kaiserlichen Palastes, des Serails, beschäftigt waren, sind unter der einstürzenden Mauer begraben und getötet worden.

* Magdeburg, 28. Febr. 5 Streikende wurden heute vormittag um 9 Uhr auf dem hiesigen Bahnhof von einem Züge überfahren. Infolge des herrschenden Nebels bemerkten die Leute nicht, während sie einem Zuge auswichen, ein anderer Zug heranbraute.

* Antarktische Expedition. London, 27. Febr. Wie die „Daily Mail“ aus Adelaide meldet, ist die antarktische Expedition Dr. Rawlions an Bord der „Aurora“ jetzt zurückgekehrt. Dr. Rawlison und seine Expedition hatten in der Eiswüste die furchtbarsten Gefahren zu bestehen.

* Schlacht zwischen Räubern und Gendarmen. Teheran, 27. Febr. Gestern und heute hat ein ernstes Gefecht bei Kasern zwischen Gendarmen und Räubern stattgefunden. Der schwedische Major Olsen wurde getötet, 150 Gendarmen verletzten gegenwärtig die Paraden.

Letzte Nachrichten.

Leipzig, 28. Febr. Die hiesigen Kraftdroschkensührer haben heute früh die Arbeit niedergelegt, da ihre Forderungen auf Verbesserung der Löhne und Arbeitsverhältnisse insbesondere eine Erhöhung eines Prozentzuschlages von den Arbeitgebern nicht erfüllt worden sind.

Ausperrung in Solingen. Solingen, 28. Febr. Die gestrige Versammlung der Waffenarbeiter des Industriearbeiterverbandes, an der auch interessierte Mitglieder des Metallarbeiterverbandes teilnahmen, haben beschlossen, über die Waffenfabrik C. Eichhorn die Sperre zu verhängen.

Der Abschied eines Gemahres. Berlin, 28. Febr. Der erste Vorsitzende des vom Polizeipräsidenten verbotenen Vereins Berliner Schutzleute, Fuhrmann, der strafweise nach Jatzke in Ober-Schlesien verlegt worden ist, hat gestern abend 11.50 Uhr vom schlesischen Bahnhof seine Reise angetreten.

Scharfmachergesetz in Natal. Kapstadt, 28. Febr. Die Bill zur Erhaltung des Landesfriedens, eine Novelle zum Gesetz über aufrührerische Versammlungen und deren Auflösung und zugleich eine Novelle zum Strafgesetz ist im Unterhause eingebracht worden.

Obstruktion in der spanischen Kammer. Madrid, 28. Febr. Mitglieder der republikanischen und der sozialdemokratischen Vereinigung haben beschlossen, in den Cortes Obstruktion zu machen, solange der Krieg in Marokko dauert.

Aufgehobener Streik. Paris, 1. März. Der Zentralvorstand des Bergarbeiterverbandes erklärte, er wolle den Kampf um eine einzigen Forderung willen nicht fortsetzen und forderte die Arbeiter auf, die Arbeit am 3. März wieder aufzunehmen.

Eine Kundgebung des Erzbischofs von Paris. Paris, 1. März. Der Erzbischof von Paris, Kardinal Amette, empfing gestern die Fastenprediger, um ihnen den Antimodernisteneid abzunehmen und gleichzeitig die Weisung zu erteilen, daß sie sich nicht mit Politik zu beschäftigen hätten.

Das französische Zentrum. Paris, 28. Febr. In der heutigen Gründungsverammlung der katholischen Partei wurde folgendes Programm aufgestellt: Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zum Heiligen Stuhl und geistliche Anerkennung der Rechte der Kirche in Frankreich.

richtsbudget und schließlich Abschaffung des Ehecheidungs-
gesetzes.

Seemannsstreik in Frankreich.

Paris, 28. Febr. Der Marineminister empfing heute die Abordnung der ausländischen Maschinistenobermaaten und legte ihnen noch einmal dringend ans Herz, ihre Forderungen einem Schiedsgericht vorzulegen. Die Abordnung versprach dem Minister, am nächsten Dienstag eine endgültige Antwort zu erteilen. Offiziös wird es heute als unrichtig bezeichnet, daß die Regierung die Absicht gehabt habe, der „Messageries Maritimes“ Maschinistenobermaaten der Kriegsmarine zur Verfügung zu stellen. Die Kriegsmarine, so wird erklärt, besitze gegenwärtig nur die durchaus notwendige Anzahl von Maschinistenobermaaten und es sei daher unmöglich, auch nur eine kleine Anzahl einem privaten Unternehmen zu überlassen.

Verschöpfung auf Formosa.

Tokio, 1. März. Von 150 neuerlings wegen Verschöpfung angeklagter Eingeborener der Insel Formosa sind 53 mit Zwangsarbeit von 5 bis 15 Jahren bestraft worden. Der Häufelührer wurde zum Tode verurteilt.

Die Steuerunruhen in Spanien.

Madrid, 28. Febr. Neuester beunruhigende Meldungen laufen aus Valencia ein, so daß sich der Generalgouverneur veranlaßt gesehen hatte, infolge des in der Stadt proklamierten Generalstreiks den Kriegszustand zu verhängen. Jegliche Ansammlungen auf der Straße sind verboten. Ansammlungen von mehr als 10 Personen sind nicht gestattet. In Fällen der Zuwiderhandlung sind die Truppen angewiesen, von der Waffe Gebrauch zu machen. Mehrfach ist es zwischen Manifestanten und Truppenabteilungen zu blutigen Zusammenstößen gekommen. 30 Verhaftungen wurden vorgenommen. Um den Gebrauch der Feuerwaffe zu vermeiden, hat der Generalgouverneur dringend Verstärkungen von Kavallerie erbeten. Der Straßenbahnver-

kehr stockt vollkommen. Die Kasernen sind in Schlachthöfe umgewandelt worden, um dem Publikum genügend Fleisch verkaufen zu können. Voraussichtlich wird die Regierung den Unruhen bald ein Ende bereiten, indem sie die städtische Steuer wieder aufhebt.

Türkische Wahlen.

Konstantinopel, 28. Febr. Heute fanden hier die Kammerwahlen statt. Die Liste der 11 Komiteekandidaten vereinigte beinahe sämtliche Stimmen der 453 Wähler auf sich. Die unabhängigen Kandidaten erhielten nur 6-8 Stimmen. Bis jetzt sind 53 Abgeordnete gewählt, sämtlich Anhänger des Komitees. Der gewesene Minister Dschavid wurde in den Dardanellen und der Unterrichtsminister Schükrü Bey in Kastamuni gewählt. Man erwartet, daß bis Mitte März die Mehrzahl der Abgeordneten gewählt sein wird. Die Eröffnung des Parlaments wird für Anfangs April erwartet.

Quation für die deportierten Arbeiterführer.

London, 1. März. Der Hydepark war heute von großen Arbeitermassen angefüllt, die zur Begrüßung der aus Südafrika deportierten Arbeiterführer eine Kundgebung veranstalteten. Es wurden Beschlufsanträge angenommen, in denen die Deportation verurteilt und die britische Regierung aufgefordert wird, zu verhindern, daß der Demütigungs bill die Zustimmung erteilt wird.

Der Aufstand in China niederge schlagen.

London, 28. Febr. Die Times meldet aus Peking vom 27. ds. Mts.: Nach den Telegrammen sind die Weißen Wölfe an der Grenze von Hunan und Anhui gründlich geschlagen worden. Die Bande, deren Stellung durch Aeroplane festgestellt worden war, wurde angegriffen und auseinandergetrieben. In zwei Gefechten sollen 4000 Mann getötet worden sein. Die Zahl ist vielleicht stark übertrieben, aber 40000 Mann Regierungstruppen waren an der Unternehmung beteiligt.

Peking, 1. März. Der Räuberhauptmann Weißer Wolf hat mit tausend wohlbewaffneten Räubern den Ring der einschließenden Truppen durchbrochen und sich plündernd westwärts gewandt. Wahrscheinlich ist es die Absicht der Leute, zu ihren heimatlichen Bergen im westlichen Sonan zurückzukehren. Der Zugverkehr zwischen Hankau und Peking ist eingestellt, weil berichtet worden ist, daß die Räuber der Bande des Weißen Wolf einen Tunnel befestigt haben an der Grenze von Sonan und Hupeh.

Der Pilgerzug der Arbeitslosen.

Newyork, 28. Febr. Die allgemeine Arbeitslosigkeit in der Union hat jetzt dazu geführt, daß 200 Arbeitslose, mit Decken und Kochgeräten ausgerüstet, von San Francisco aus den langen Marsch nach Washington angetreten haben, um dem Kongreß eine Petition um Errichtung von Arbeitsnachweisen zu unterbreiten. Die Leute hoffen, auf ihrer 3000 km langen Route verpflegt zu werden. Unterwegs soll die Schaar der Arbeitslosen zu einer großen Armee anschwellen.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Rechte Nachrichten, Gewerkschaftliches und Soziales: Hermann Kober, für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; für die Interate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Durlach. (Arbeiterradfahrerclub Solidarität.) Mittwochabend halb 9 Uhr im „Lamm“ Mitgliederversammlung mit wichtiger Tagesordnung, wozu vollzähliges Erscheinen wünscht 7800 Der Vorstand.

Gaggenau. (Sozialdem. Wahlverein.) Umständehalber findet die Mitgliederversammlung am Dienstag, 3. März, statt, wobei vollzähliges Erscheinen dringend notwendig ist. 7800

Wasserstand des Rheins.

2. März.
Schusterinsel 1.21 m, gef. 11 cm, Rehl 2.19 m, gef. 4 cm
Maxau 3.84 m, gef. 5 cm, Mannheim 3.20 m, gef. 12 cm.

Für
Frühjahr
und
Sommer!

Damenkleiderstoffe
Herrenstoffe
Seidenstoffe

Sämtliche moderne
Bewebe sind in reich-
haltigen Dessins und
Farben-Sortimenten
eingetroffen :: ::

Es ist unser Prinzip, nur solide Stoffe zu den denkbar niedersten Preisen zum Verkauf zu bringen, was uns infolge geringer Spesen (durch Ersparnis hoher Ladenmiete usw. usw.) umso mehr möglich ist und empfehlen wir jedermann, vor Einkauf von Stoffen, sich von der reichhaltigen und geschmackvollen Auswahl und der Preiswürdigkeit jedes einzelnen Stoffes durch Besichtigung unseres Lagers ohne jeden Kaufzwang zu überzeugen.

Kabattmarken.

Carl Büchle

Inhaber:
**Kohlmann &
Braunagel**

Herrenstraße 7
zwischen Kaiserstr. und Schloßplatz.

Kabattmarken.

Residenz-Theater
KARLSRUHE
Waldstr. 30
Telephon 1417.
Ab Samstag, 28. Februar bis inkl. 3. März
Première!
Durch Nacht und Grauen.
Herrlich koloriert.
Tiefgreifendes dramat. Lebensbild
von C. D. Morlhon.
Dargestellt in 5 Akten von ersten Pariser Bühnenkünstlern. 7597
Während dieser phänomenalen Doppel-Premieren-
Woche verstärkt. Orchester
Première!
„Ihre Hoheit“
Lustspiel in 3 Akten mit
Henny Porten.

Möbel enorm billig.
1 ftzig. Kleiderstank . 15 M.
Polierter Chiffonnier . 85 M.
Schreibtische, eleg. . 35 M.
Trumeaux, große . 30 M.
Stürgardertoben, eichen 16 M.
Wisch-Divans, eleg. . 35 M.
Chaiselongue, gut gearb. 24 M.
Buffets, hochfein . 120 M.
Eiserne Bettstellen von 8 M. an.
Für Brautleute
günstigste Bezugsquelle in
kompletten Einrichtungen.
Anerkannt billig und gut.
Möbelhaus Werner
Schloßplatz 13, 7593
Eingang Karls-Friedrichstraße.
Arbeits-Vergabung.
Zum Erweiterungsbau der
Werksstätten und Wagenhalle
der städtischen Straßenbahn
sind nachfolgende Arbeiten zu
vergeben:
Holzpflaster,
Blattenbeläge,
Anstreicherarbeiten.
Angebotsformulare und Zeich-
nungen können beim städt. Hoch-
bauamt, Karls-Friedrichstraße 8
ll. Obergesch., Zimmer 170
abgeholt bezw. eingesehen werden.
Dabei sind auch die Ange-
bote bis Freitag, den 6. März
ds. Js., nachmittags 3 Uhr,
mit entprechender Aufschrift be-
ziehen, einzureichen. 7506
Karlsruhe, den 23. Febr. 1914.
Städt. Hochbauamt.

Frisch eingetroffen:
Ia.
**Ochsenmaul-
salat**
per Pfd. 55 Pfg.
Post-Dose 3.20 Mk.
Ia. neue
Kastanien
per Pfd. 21 Pfg.
bei 7442
Herm. Vogel
Rastatt.
Lieferung von Drahtgeflecht-
Einfriedigungen.
Die Lieferung und Aufstellung
einer 1,50 m hohen Drahtgeflecht-
Einfriedigung von etwa 1160 lfdm
Länge mit 2 Lösen um das ge-

samte Grundstück der Familien-
gärten im Genuß **Dammerhof**
zwischen Müppurr und neuem
Hauptbahnhof sowie die Lieferung
und Aufstellung einer 1 m hohen
Einfriedigung von etwa 3300 lfdm
Länge mit 260 Türen soll öffent-
lich vergeben werden.
Angebote sind verschlossen mit
entsprechender Aufschrift und unter
Verwendung der besondern Vor-
drucke spätestens
Wittwoch, den 4. März 1914,
vormittags 10 Uhr,
bei uns einzureichen. 7496
Bedingungen und Pläne können
auf dem Tiefbauamt, Rathaus,
Zimmer Nr. 116, eingesehen und
hier auch Angebotsvorbrude er-
hoben werden.
Städt. Tiefbauamt.
Städt. Badenanstalt
(Vierordtbad)
Karlsruhe.
Medizinische Bäder.
Fichtennadel-Salz (Rappena-
nauer oder Stass-
furter).
Mutterlauge u. Schwefel-
(Thiopinol-)Bäder.
Badezeiten an den Werktagen:
Vormittags 8 Uhr bis
8 Uhr abends.
Auch über Mittag ge-
öffnet.
An den Samstagen bis
9 Uhr. 15
Sonntags 8-12 Uhr.

Feuerbestattungsverein Karlsruhe e.V.
Alle Anhänger der Feuerbestattung werden hier-
durch zum Beitritt eingeladen. Mitgliederstand
Ende 1913 = 725.
Jahresbeitrag 3 Mk. Mitglieder zahlen nur die
Halbte der Einäscherungstaxen und erhalten 80 Mk.
Kostenzuschuss.
Anmeldungen an Oberbuchhalter **Wilden-
thaler** (Rathaus). 7889
Civil-Hofenschneider
1. Tarif, suchen sofort 7608
Schröder & Fränkel, Hofl., Kaiserstr. 211.
Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.
Eheschließungen vom 26. Febr. Julius Sted von
hier, Kaufmann hier, mit Marie Papayack von hier. Friedrich
Schuppert von Gießen, Straßenbahnkassierer hier, mit Luise
Gild von Ludwigshafen. Albert Seif von Stedolsheim, Wäder
hier, mit Lina Wiry von Bretten.
Geburten vom 20.-25. Februar: Helmut Adolf, Vater
Karl Dehler, Kaufmann. Walter, Vater Karl Deimer, Musik-
instrumentenmacher. Karl Friedrich Wilhelm, Vater Wilh. Paul,
Gärtner. Loie, Vater Franz Langenbach, Hilfsarbeiter. Karl
Friedrich, Vater Friedrich Schwämmle, Wäder. Ernst August
Ludwig, Vater Karl Wideler, Architekt. Wilhelm, V. Leopold
Hirsch, Kaufmann. Robert, V. Robert Vertsche, Werkschreiber.
Alfred Eduard, Vater Alfred Lamb, Sergeant. Johanna Maria,
V. Josef Herrler, Ausläufer. Walter Franz Hermann, V. Anton
Niederbühl, Wigawa-Steinmetz. Emilie Gertrud, V. Aug. Gartner,
Hoflakai. Helmut Philipp, V. Aug. Rubin, Gewerkschaftssekretär.
Todesfälle vom 25.-26. Febr.: Apollonia Onies, alt
72 Jahre, Witwe von Konrad Onies, Schaffner. Ottilie Rie-
mann, alt 76 Jahre, Privatier. Iebig. Ernst Ward, Farmer a. D.,
Ghemann, alt 83 Jahre. Silba Gutting, alt 23 Jahre. Ehefrau
von Anton Gutting, Fabrikarbeiter. Karl Robert, Lokomotiv-
führer a. D., Witwer, alt 71 Jahre.

Beißer Wolf
den Ring der
plündernd
die Absicht der
den Sonan
Dantau und
ist, daß die
Lunel belet

tslosigkeit in
deitslose, mit
n Franzisco
treten haben,
ng von Ar-
hoffen, auf
den. Inter-
ner großen

m, gef. 4 cm
gef. 12 cm.

ffe

moderne
nd in reich-
essins und
ortimenten

7508
en (durch
ltigen und
berzeugen.

7
soßplatz.

e. V.

en hier-
erstand

ur die
80 Mk.

den-
7889

ider

7608
r. 211.

rsrube.

3 Sted von
r. Friedrich
r, mit Antie
heim, Bäder

Abolf, Vater
imer, Wuff-
Wiff, Funt,
Beiter, Karl
Ernst August
S. Leonold
Berfchreiter,
anna Maria,
n, S. Anton
Aug. Gartner,
Hafselkreier,
a. Onits, alt
Ottillie Riß-
farrer a. D.
tre, Ghefran
Rotomotio

Ibach Flügel — Pianinos

von unübertroffener Tonschönheit und Dauerhaftigkeit. 7588

Die Generaldirektion des Grossh. Hoftheaters kaufte letzte Woche einen Flügel und ein Pianino dieses hervorragenden Fabrikates.

Alleinvertreter für Karlsruhe, Rastatt, Bruchsal und Umgebung: — — —

J. Kunz, KARLSRUHE
Karl Friedrichstraße 21.

Bekanntmachung.

Die Kochschule der Mädchenfürsorge betr.
Der Badische Frauenverein (Unterabteilung Mädchenfürsorge) hat mit Unterstützung der Stadtgemeinde im I. Stod des Hauies Freigstraße Nr. 48 eine Kochschule eingerichtet, in welcher hier wohnhafte Mädchen im Alter von 17, mindestens aber 16 Jahren mit geringem Kostenaufwand eine gute Ausbildung im Kochen und Hauswirtschaft erhalten, die sie zur Übernahme einer Dienststelle als Köchin befähigt. Jährlich werden zwei Kurse von 6 Monaten Dauer und zwar für je 12 Schülerinnen veranstaltet. Die Teilnehmerinnen haben als Entgelt für ihr Mittagessen 40 Mk. für den Kurs in vier Teilbeträgen von je 10 Mk. zu entrichten. Für unbemittelte Mädchen, welche an den Kursen teilnehmen wollen, entrichtet eventuell auf Ansuchen die Armenverwaltung diesen Betrag.

Der dritte Kurs wird am 1. April ds. Js. eröffnet. Anmeldungen zur Teilnahme an diesem Kurs werden in der Zeit vom 2. bis einschließlich 11. März ds. Js. beim Sekretariat des Volksschul-Direktors (Hebel-Schule, Kreuzstraße Nr. 15, III. Stod, Zimmer Nr. 27) während der üblichen Geschäftsstunden entgegengenommen. 7573
Karlsruhe, den 26. Februar 1914.
Der Stadtrat:
Dr. Kleinschmidt. Reubed.

Wer behaglich wohnen will

findet Vorbilder und Anregungen
in der beständigen Ausstellung der Firma

Holz & Weglein, Karlsruhe

Spezialhaus für Wohnungs-Einrichtungen.

Permanente Ausstellung v. ca. 100 Wohn-, Speise-
Schlaf- und Herren-Zimmern, Salons u. Küchen.

Lieferungen franko. — Aufstellen der Möbel gratis.
— Verlangen Sie Kataloge oder unseren Besuch. — 7517

Sonder-Preise

Montag Dienstag Mittwoch

Deutsche und orientalische

Teppiche

Hermann Tietz

Bekanntmachung.

Von Sonntag, den 1. März ds. Js. wird in Richtung Stadt Durlach der Straßenbahnbetrieb bis zum Wasserwerk (Hauptstraße) aufgenommen. Für Besucher des Turmberges ist hiermit keine Preiserhöhung für Hin- oder Rückfahrten ab Karlsruhe zu befechten, ermäßigten Preisen verbunden. 7592
Karlsruhe, den 28. Februar 1914.

Städtisches Straßenbahnamt.

Verein zur Förderung des badisch-pfälzischen Verkehrs

durch Erstellung einer festen Rheinbrücke bei Maxau.
Einladung

1. ordentlichen Mitgliederversammlung

am 3. März 1914, nachmittags 3 Uhr, im kleinen Rathaus-
saale zu Karlsruhe.
Tagesordnung:
1. Entgegennahme und Besprechung des Jahresberichts.
2. Abnahme der Jahresrechnung.
3. Besprechung sonstiger Vereinsangelegenheiten.
Zu zahlreichem Besuch dieser Versammlung laden wir unsere Mitglieder ergebenst ein. Der in der Einladung vom 16. Februar vorgesehene Vortrag muß wegen Verhinderung des Herrn Oberingenieur Winterkamp auf eine spätere Versammlung verschoben werden. 7581
Karlsruhe, den 1. März 1914.

Der geschäftsleitende Vorstand:

S. Kölsch, Stadtrat, E. Pfeiff, Stadtrechnungsrat,
1. Vorsitzender, Schriftführer.

Ziehung unwiderruflich schon 7. März!

Große Badische Säuglings-Fürsorge-Geld-Lotterie!

2327 Geldgew. ohne Abzug
27 000 M.
1. Hauptgewinn bar:
10 000 M.
826 Gewinne bar:
10 000 M.
2000 Gewinne bar: 7508
7 000 Mk.
Lose à Mk. 1.-, 11 L. Mk. 10.-,
Porto und Liste 80 g
empfiehlt Lotterien-Unternehmer
J. Stürmer
Strasbourg i. L., Langstraße 101.
Filiale: Kehl a. Rh., Hauptstr. 41.
In Karlsruhe: Carl Götz,
Hebelstr. 11/15, E. Fläge,

Neuheiten!!

Damen-Kostüme . . . 12 Mk an
Blusen, weiß u. farbig 95 g an
Kostümröcke . . . 1.85 Mk an
Unter Röcke . . . 95 g an
Regenschirme staunend billig.
Wilhelmstraße 34, 1 St.
Weil kein Laden, billigste Preise.

Herren- u. Damen-Fahrrad

jedes Torpedo-Freilauf, mit
Garantiefchein, jedes für 58 Mk.
zu verkaufen. 7501
Baumeisterstr. 38, parterre.



In Gardinen
von 10 Pfennig an per Meter
Bris-Bis, Gallerie-Borden
Vorlagen-Teppichen
bringt stets Neuheiten das
Kaufhaus Zapf
Zell a. H.

Waldstraße 16/18. Colosseum Telephon 1938.

Das sensationelle März-Programm vom 1. März bis 15. März 1914.

Gastspiel der Original-Chinesen-Truppe „LIAN-SHOEN“

Peperi Schwaiger, Tanz-Soubrette. Gidy Batey Co. Exzentriker.

The JADWIGA

dressierter Königs-Adler und Riesen-Raben.
Die letzte Neuheit der Vogel-Dressur!

Hedy Brand | Bros. Gutterston.
sens. Jongleur- u. Drahtseilakt | Equilibristen. 7596

Robert Neseemann, Süchs. Humorist.
Eivette Fontaine Fontaine in ihrer musikalischen Harlekinade.

Lichtspiele stets das Neueste.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Ende geg. 11 Uhr

Pfannkuch & Co

Eier-Abschlag
Bollfrische
Trink-Eier
extrastark — gestempelt
10 Stück **88** Pfg.

Extragroß sortierte
Sied-Eier
10 Stück **78** Pfg.

Große
Sied-Eier
10 Stück **73** Pfg.

Notkraut
per Kopf **22** und **25** Pfg.

**Blumenkohl,
frischer Kopfsalat.**

Pfannkuch & Co
in den bekannten Verkaufsstellen
G. m. b. H.

Erstes Frühjahrsangebot

Außerordentlich preiswert.

Moderne Kleider- und Seiden-Stoffe.

Beachten Sie unsere Fenster.

Geschw. Knopf.

Montag, Dienstag, Mittwoch in unserem Erfrischungsraum ab 3 Uhr nachmittags Promenaden-Konzert.

Allgem. Ortskrankenkasse Bruchsal.

Die Wahlen zum Ausschuss der Allgemeinen Ortskrankenkasse Bruchsal betr.

Unter Bezugnahme und in Ergänzung der bereits ergangenen Bekanntmachung bringen wir hiermit zur Kenntnis der Versicherten und deren Arbeitgeber, daß der Kassenbezirk zur Vornahme der Wahl der Vertreter und der Ersatzmänner zum Ausschuss der Allgemeinen Ortskrankenkasse Bruchsal in zwei Distrikte und zwar in einen Stadt- und einen Landbezirk eingeteilt ist.

Jede Gemeinde bildet mit der ihr etwa zugehörigen abgeordneten Gemarkung einen Stimmbezirk.

Im Landbezirk finden die Wahlen für die Arbeitgeber und die Versicherten statt am

Samstag, den 28. März 1914,

- Büchenau auf dem Rathause von 4 bis 5 Uhr nachmittags,
- Gambrücken auf dem Rathause von vormittags 11 1/2 bis 2 Uhr nachmittags,
- Seibelsheim auf dem Rathause von 9 bis 10 1/2 Uhr vormittags,
- Selmsheim auf dem Rathause von 8 bis 9 Uhr vormittags,
- Karlsdorf auf dem Rathause von 12 bis 2 1/2 Uhr nachmittags,
- Langenbrücken auf dem Rathause von 12 bis 2 Uhr nachmittags,
- Neuenbürg auf dem Rathause von 9 bis 10 Uhr vormittags,
- Obergrombach auf dem Rathause von 10 bis 11 Uhr vormittags,
- Oberöwisheim auf dem Rathause von vormittags 11 Uhr bis 1 Uhr nachmittags,
- Odenheim auf dem Rathause von 6 bis 8 Uhr nachmittags,
- Oettingen auf dem Rathause von 4 bis 8 Uhr nachmittags,
- Stettfeld auf dem Rathause von 10 1/2 bis 11 1/2 Uhr vormittags,
- Abtadt auf dem Rathause von 8 1/2 bis 9 1/2 Uhr vormittags,
- Unteröwisheim auf dem Rathause von 6 1/2 bis 8 Uhr nachmittags,
- Weiber auf dem Rathause von 5 bis 8 Uhr nachmittags,
- Zentheren auf dem Rathause von 4 bis 5 Uhr nachmittags.

Im Stadtbezirk Bruchsal finden die Wahlen statt am

Montag, den 30. März 1914,

im Gartensaal der „Neuen Sonne“ und zwar: für die Versicherten von 4 bis 8 1/2 Uhr abends, für die Arbeitgeber von 7 bis 8 1/2 Uhr abends.

Die Ausübung des Wahlrechts kann seitens der versicherungspflichtigen Versicherten nur in derjenigen Gemeinde erfolgen, in der sie beschäftigt sind; seitens der Arbeitgeber da, wo sie ihre Betriebsstätte haben und Versicherte beschäftigen.

Freiwillige Mitglieder haben ihr Wahlrecht in derjenigen Gemeinde auszuüben, in der sie ihre Beiträge zur Einzahlung bringen.

Dementsprechend sind auch die Wählerlisten aufgestellt. Der Ausschuss besteht aus neunzig Vertretern, von denen ein Drittel von den beteiligten volljährigen Arbeitgebern und zwei Drittel von den volljährigen Versicherten je aus ihrer Mitte, und zwar getrennt gewählt werden. Für die Vertreter der Arbeitgeber werden 60

für die Vertreter der Versicherten 120 Ersatzmänner gewählt.

Beteiligt sind solche Arbeitgeber, die für ihre versicherungspflichtig Beschäftigten Beiträge an die Kasse zu zahlen haben. Arbeitgeber, die selbst versichert sind, zählen zu den Arbeitgebern, wenn sie regelmäßig mehr als zwei Versicherungspflichtige beschäftigen; andernfalls zu den Versicherten. Für die Wählbarkeit stehen den Arbeitgebern bevollmächtigte Betriebsleiter, Geschäftsführer und Betriebsbeamte der beteiligten Arbeitgeber gleich. Nicht wählbar sind Mitglieder, einer Behörde, welche Aufsichtsbefugnisse über die Kasse hat.

Die Arbeitgeber führen für je einen versicherungspflichtig Beschäftigten eine Stimme.

Arbeitgeber, die mehrere versicherungspflichtig Beschäftigte, führen für je fünf (5) versicherungspflichtig Beschäftigte eine weitere Stimme. Mehr als 30 Stimmen kann kein Arbeitgeber führen. Die jedem Arbeitgeber zukommende Stimmzahl ist aus der Wählerliste ersichtlich. Wählbar als Vertreter der Versicherten ist nur, wer bei der Kasse versichert ist.

Weder wählbar noch wahlberechtigt sind die Arbeitgeber unständig Beschäftigter als solche und Arbeitgeber, die mit der Zahlung der Beiträge im Rückstand sind; ferner unständig Beschäftigte, die nach § 67 Nr. 3 der Satzung keine Beiträge zahlen und versicherungspflichtig, die Mitglieder einer Ersatzkasse sind, und deren eigene Rechte und Pflichten auf ihren Antrag ruhen. (§ 2 Abs. 2 der Satzung.)

Wahlberechtigt zur Wahl der Versicherungsvertreter sind alle volljährigen Kassenmitglieder beiderlei Geschlechts, wählbar als Vertreter jedoch nur volljährige Deutsche.

Nicht wählbar ist ferner:

1. wer infolge strafgerichtlicher Verurteilung die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter verloren hat oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens, das den Verlust dieser Fähigkeit zur Folge haben kann, verfolgt wird, falls gegen ihn das Hauptverfahren eröffnet worden ist,
 2. wer infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt ist.
- Wer als Arbeitgeber wählbar ist, kann die Wahl nur ablehnen, wenn er:
1. das 60. Lebensjahr vollendet hat;
 2. mehr als vier minderjährige eheliche Kinder hat; Kinder, die ein anderer an Kindesstatt angenommen hat, werden dabei nicht mitgerechnet;
 3. durch Krankheit oder Gebrechen verhindert ist, das Amt ordnungsgemäß zu führen;
 4. mehr als eine Vormundschaft oder Pflegschaft führt. Die Vormundschaft oder Pflegschaft über mehrere Geschwister gilt nur als eine; zwei Gegenvormundschaften stehen einer Vormundschaft, ein Ehrenamt der Reichsversicherungsordnung einer Gegenvormundschaft gleich;
 5. während der unmittelbar vorhergehenden Wahlzeit das Amt mindestens zwei Jahre geführt hat.

Ein Arbeitgeber, der die Wahl ohne zulässigen Grund ablehnt, kann vom Vorsitzenden des Vorstandes bis zu 500 Mk. bestraft werden.

Die Wahlen sind geheim; gewählt wird nach den Grundsätzen der Verhältniswahl unter Beachtung der Bestimmungen der Wahlordnung, welche einen Bestandteil der Satzung bildet.

Die Wahlzeit dauert vier Jahre. Die Gewählten bleiben nach Ablauf dieser Zeit solange im Amte, bis ihre Nachfolger eintreten. Wer ausscheidet, kann wieder gewählt werden.

Die Wählerlisten von Bruchsal können auf der Kostenverwaltung, diejenigen von den zum Kassenbezirk gehörigen Landgemeinden bei den betreffenden Ortsrechnern eingesehen werden und liegen die Wählerlisten zu diesem Zweck vom 10. März 1914 ab zur allgemeinen Einsicht auf.

Etwasige Einsprachen gegen die Richtigkeit der Wählerlisten sind bei Vermeidung des Ausschlusses spätestens zwei Wochen vor dem Wahltag unter Beifügung von Verweismitteln beim Kassenvorstand einzulegen.

Wahlberechtigte, welche nicht in die Wählerliste aufgenommen sind, werden zur Wahl nur zugelassen, wenn sie in einer alle Mitglieder des Wahlausschusses überzeugenden Weise ihre Wahlberechtigung nachweisen.

Wir fordern die Beteiligten an Wahlvorschläge für

die Ausschuswahl bei dem Vorstande einzureichen und weisen darauf hin, daß nur solche Wahlvorschläge berücksichtigt werden, die spätestens zwei Wochen vor dem Wahltag bei dem Vorstande eingehen.

Die Stimmabgabe ist an diese Wahlvorschläge gebunden. Verbundene Wahlvorschläge werden nicht zugelassen. Die Wahlvorschläge können nach ihrer Zulassung im Kassenlokal von den Wählern eingesehen und berichtigt werden. Die Berichtsfrist geht bis spätestens eine Woche vor der Wahl. Bis zu diesem Punkt können auch eingereichte Wahlvorschläge zurückgezogen werden.

Die Wahlvorschläge sind getrennt für die beteiligten Arbeitgeber und Versicherten aufzustellen und dem Vorstand einzureichen.

Die Wahlvorschläge der Wahlberechtigten müssen von mindestens je zehn Wahlberechtigten der betreffenden Gruppe unterzeichnet sein. Unterzeichnet ein Wähler mehr als einen Wahlvorschlag, so wird sein Name nur auf dem zuerst eingereichten Wahlvorschlag gezählt und auf den übrigen Vorschlägen gestrichen. Sind mehrere Wahlvorschläge, die von demselben Wahlberechtigten unterzeichnet sind, gleichzeitig eingereicht, so gilt die Unterzeichnung auf demjenigen Wahlvorschlag, welchen der Unterzeichner binnen einer ihm gesteckten Frist von höchstens zwei Tagen bestimmt. Unterläßt dies der Unterzeichner, so entscheidet das Los.

Jeder Wahlvorschlag darf höchstens so viel Bewerber benennen, als Vertreter bezw. Ersatzmänner zu wählen sind. Die einzelnen Bewerber sind unter fortlaufender Nummer aufzuführen, welche die Reihenfolge ihrer Benennung ausbrückt, und nach Familien- und Vor-(Nach-) Namen, Beruf und Wohnort zu bezeichnen. Mit der Wahlvorschlägen für Versicherte ist von jedem Bewerber eine Erklärung darüber vorzulegen, daß er zur Annahme der Wahl bereit ist. Bei den Wahlvorschlägen für Arbeitgeber ist eine solche Erklärung nur erforderlich, soweit ein vorgelegener Bewerber nach § 17 der Reichsversicherungsordnung zur Ablehnung der Wahl befugt ist.

In jedem Wahlvorschlag ist ferner ein Vertreter des Wahlvorschlags und ein Stellvertreter für ihn aus der Mitte der Unterzeichner zu bezeichnen. Ist dies unterblieben, so gilt der erste Unterzeichner als Vertreter des Wahlvorschlags, und soweit eine Reihenfolge erkennbar ist, der zweite als sein Stellvertreter. Der Wahlvorschlagsvertreter ist berechtigt und verpflichtet, dem Vorstand die zur Befreiung etwaiger Anstände erforderlichen Erklärungen abzugeben.

Die Stimmzettel müssen von weißer Farbe und für die Wahl der Versicherten-Vertreter 21/33 Zentimeter groß sein (1/2 Bogen A4-Format Normalpapier 3a). Für die Wahl der Arbeitgeber-Vertreter muß die Größe der Stimmzettel 21/16,5 Zentimeter betragen. Die Stimmzettel dürfen keinerlei äußerliche Kennzeichen haben und müssen ihrem Wortlaut nach genau einem der eingereichten Wahlvorschläge entsprechen, bei Vermeidung der Ungültigkeitserklärung.

Der Wähler kann nur einen solchen Stimmzettel abgeben, der mit einem der zugelassenen Wahlvorschläge vollständig übereinstimmt. Irigend welche Aenderung macht den Stimmzettel ungültig.

Stimmzettel, die mit keinem der zugelassenen Wahlvorschläge übereinstimmen, oder die ein Merkmal haben, welches die Absicht einer Kennzeichnung wahrheitsgemäß macht, oder die unterschrieben sind, sind ungültig. Ungültig ist ferner der Inhalt eines Stimmzettels, soweit er zweifelhaft ist.

Im übrigen wird auf den Inhalt der Satzung und Wahlordnung verwiesen.

Der Vorstand der allgemeinen Ortskrankenkasse Bruchsal.

R. Goloch, Vorsitzender.

Gebisse mit großem, 130 cm breitem Regelschrank wird für 295 Mk. abgegeben. 7522 Waldstraße 22, Möbelhaus.

Schlafzimmer mit großem, 130 cm breitem Regelschrank wird für 295 Mk. abgegeben. 7522 Waldstraße 22, Möbelhaus.

Radwagen, gut erhalten, billig zu verkaufen. Ludwigsstr. 23, S. 4, 6.